

Protokoll

Sitzung Nr. 1
 Datum **Mittwoch, 27. Januar 2010**
 Ort Aula des Schulhauses Sekundarstufe I
 Zeit 19.00 bis 21.50 Uhr

Vorsitz	Andreas Byland	FDP 1
1. Vizepräsident	Mirjam Veglio	SP 1
StimmzählerIn	Klaus Jost (ab 19.07 Uhr)	SVP 1
	Beat Nydegger (a.o. Stimmzähler)	SP 1
Mitglieder	Hannah Einhaus	
	Martin Kocher	
	Hans-Jörg Rhyn	
	Elisabeth Wendelspiess	SP 4
	Elisabeth Aebi-Lehmann	
	Peter Bähler	
	Hans Peter Baumann	
	Marianne Baumann (ab 19.20 Uhr)	
	Markus Burren	
	Marianne Pfister	
	Bettina Ritter	
	Armin Röthlisberger	SVP 8
	Heinz Buser	
	Ulrich Bütikofer	
	Adrian Gehri	
	Ralph George (ab 19.05 Uhr)	
	Urs Julmy	
	Markus Lötscher	
	Johanna Thomann	FDP 7
	Thomas Ackermann	
	Adelheid Pfyl-Blättler	
	Beat Waldmeier (ab 19.06 Uhr)	CVP 3

	Roland Stucki Thomas Winkler Annemarie Zingg	EVP 3
	Anne-Lise Greber-Borel Christoph Merkli Edith Vanoni-Rempfler Marceline Stettler Bruno Vanoni	GFL 5
		34
Abwesend	Peter Traber Maya Weber Nicole Zeiter	SP 3
	Marc Müller	FDP 1
	Pierre-Yves Crettenand	EVP 1
	Toni Oesch	FdU 1
Vertreter des Gemeinderates	Gemeindepräsident Stefan Funk Joseph Crettenand Liselotte Huber-Affolter Sabine Huber-Spari Edgar Westphale	
Abwesend	Vizegemeindepräsident Kurt Jörg Michel Cotting	
Beigezogen	Jörg Halter, OCHA GmbH Beat Baumann, Bauverwalter	
Gemeindeschreiber	Roland Gatschet	
Protokoll	Yves Marti, Gemeindeschreiber-Stv.	
Anzahl Zuhörende	5 (+ 2 Medien)	

Geschäfte

1	Pro Protokoll Protokoll vom 18. November 2009	9
2	35.500. Grossgemeinschaftsantennenanlage Orientierung	9
3	1.92.3 Interpellationen Interpellation Hans Peter Baumann betreffend Kabelnetz-Anlage Zollikofen nach dem ComCom Entscheid; Antwort	17

4	1.92.3 Interpellationen Interpellation Roland Stucki betreffend Verkauf Netz Gross-Gemeinschaftsantennenanlage GGA, Antwort	17
5	1.92.3 Interpellationen Interpellation Martin Kocher betreffend Zukunft der Radio-und TV-Programme in Zollikofen; Antwort	17
6	1.201.20 Vormundschafts- und Sozialhilfekommission Vormundschafts- und Sozialkommission, Ersatzwahl	18
7	28.1700. Projekte, Motionen, Interpellationen, Initiativen Einführung von Schulsozialarbeit; befristeter Versuch	18
8	32.111. Meilen Süd Meilen Süd; Landverkauf an Proverit Glas Holding AG	24
9	1.92. Parlamentarische Vorstösse Motion Mirjam Veglio und Mitunterzeichnende betreffend Signalisation wichtiger öffentlicher Verkehrspunkte; Erheblicherklärung	24
10	1.92. Parlamentarische Vorstösse Motion Elisabeth Wendelspiess und Mitunterzeichnende betreffend umgehende Regulierung des Durchgangsverkehrs auf der Bernstrasse mittels Pförtneranlagen; Erheblicherklärung	27
11	1.92. Parlamentarische Vorstösse Postulat Anne-Lise Greber-Borel und Mitunterzeichnende betreffend Vermeidung unnötiger Strahlenbelastung in den Schulhäusern; Erheblicherklärung	29
12	1.92. Parlamentarische Vorstösse Postulat Ralph George betr. Optimierung des ÖV-Netzes in Zollikofen; Erheblicherklärung	33
13	1.92.3 Interpellationen Interpellation Armin Röthlisberger betr. Abstimmungsmaterial an Nichtstimmberechtigte; Antwort	35
14	1.92.3 Interpellationen Interpellation Mirjam Veglio und Mitunterzeichnende betreffend flankierende Massnahmen für Zollikofen während der Sanierung des Felsenauviadukts; Antwort	35
15	1.92. Parlamentarische Vorstösse Dringliche Motion Klaus Jost, SVP, betreffend Schliessung Unterführung Eichenweg/Schützenstrasse; Erheblicherklärung	36
16	1.92. Parlamentarische Vorstösse Dringliche Interpellation Johanna Thomann, FDP, betreffend die Allee längs der Schulhausstrasse; Antwort	37

GROSSER GEMEINDERAT

Der Präsident

Der Sekretär

Der Protokollführer

Verhandlungen

Präsident: Liebe Gemeinderäte, liebe GGR-Kolleginnen und Kollegen, werte Pressevertreter und Gäste der heutigen Sitzung. Ich begrüsse Euch zur ersten GGR-Sitzung im 2010. Spezielle Grüsse richte ich an die neuen GGR-Mitglieder, welche heute ihre Premiere haben. Es handelt sich hierbei um Frau Hannah Einhaus von der SP Fraktion, es handelt sich um Frau Bettina Ritter von der SVP Fraktion und Frau Annemarie Zingg von der EVP Fraktion. Drei Frauen. Ich wünsche euch viel Glück in diesem Kreis und hoffe, dass ihr euch wohlfühlt und findet, nach welchem ihr sucht. Als Sachverständige zu dieser Sitzung begrüsse ich Herrn Jörg Halter von der Firma Ocha GmbH. Er wird zum Traktandum Grossgemeinschaftsantennen-Anlage referieren. Weiter begrüsse ich als Sachverständigen den Bauverwalter Beat Baumann.
Heinz Buser wünscht das Wort.

Heinz Buser, FDP: Liebe Kolleginnen und Kollegen. Andreas Byland müssen wir nicht mehr begrüssen. Wir haben ihm alle schon mal die Hand geschüttelt. Andreas. Ich möchte dir herzlich gratulieren zu deiner neuen Würde zum höchsten Amt in Zollikofen. Du sitzt jetzt da oben, hast ein wenig mehr Übersicht, das konntest du letztes Jahr ja ein wenig üben. Du warst Passiv, jetzt bist du Aktiv. Jetzt hast du wahrscheinlich noch die bessere Übersicht. Ich möchte damit aber nicht sagen, dass Andreas erst Übersicht hat, seit er da oben sitzt. Er hatte immer ein wenig bessere Übersicht, da er ja ein langer Mensch ist. Ich sage bewusst nicht ein grosser Mensch. Viele Menschen verwenden die Begriffe Länge und Grösse miteinander. Aber schon bezüglich deiner Länge hattest du Übersicht. Aber du bist natürlich auch ein grosser Mensch, das ist ja selbstverständlich. Nicht zuletzt warst du bei den letzten Wahlen, zwar nicht derjenige der die absout meisten Stimmen geholt hat, das war nämlich Mirjam Veglio, welche direkt neben dir sitzt. Du hast die zweit meisten Stimmen erhalten bei den Wahlen. Aber du hast die meisten Stimmen von allen Parteien erhalten. Damit bist du natürlich als Persönlichkeit über die politischen Grenzen hinaus bekannt hier in Zollikofen. Wir wissen es zu schätzen, dass ein so erfahrener, so ein bekannter, so ein geschätzter Mann unseren Rat leitet. Irgendwelche Sachen mit Uhren muss ich dir nicht überreichen, du bist sehr pünktlich, als Jurist muss man dir auch keine Augenbinde geben um Gerechtigkeit walten zu lassen. Aber eine Kleinigkeit möchte ich dir mitgeben. Denn etwas wird dir hier oben natürlich fehlen. Du hast die Übersicht, aber du bist natürlich politisch sozusagen kastriert. Höchstens bei den Stichentscheiden darfst du noch etwas machen. Und damit du bei allem politischen Eunuchentum den Ärger herunterspülen kannst, kannst du dies mit einem guten Tropfen machen. *Das Parlament spendet Applaus für die Rede von Heinz Buser.*

Um 19.05 erscheint Ralph George.

Präsident: Besten Dank, Heinz für die netten Worte. Es ist so, dass ich noch im letzten November als Parlamentspräsident gewählt worden bin. Hierzu habe ich auch zu danken. Für das Vertrauen welches ihr mir entgegenbringt. Es ist so gesehen neben der Ehre auch ein Vorschuss an Vertrauen. Es ist mein Ziel, mit diesem Vorschuss sorgfältig umzugehen und ihn nicht zu verspielen sondern haushälterisch damit umzugehen und euren Erwartungen gerecht zu werden. Es ist üblich, dass ein neuer Sitzungsleiter jeweils eine Antrittsrede hält. Er pflegt dann irgendwelche grundsätzliche Betrachtungen zu Demokratie, zu allgemeinen gesellschaftlichen, politischen oder wirtschaftlichen Situation abzuhalten. Ich hoffe ihr nehmt es mir nicht übel, wenn ich von dieser Praxis abweiche. Ich möchte weder über Schweinegrippe, die Herausgabe von Bankdaten noch zur Winterolympiade etwas sagen. Ihr habt festgestellt, dass die heutige Traktan-

denliste für eine Januar-Sitzung bereits relativ umfangreich ist. Als Sportler hatte ich den Eindruck, dass wir die erste Sitzung sportlich angehen und auch in einer nützlichen Frist über die Runden bringen wollen. Darum möchte ich die Zeit lieber für die Abarbeitung der Traktanden einsetzen als für lange Grundsatzreden. Ich hoffe, dass uns auch noch ein wenig Zeit bleibt um am Schluss das traditionelle Apéro zu uns zu nehmen und wir nicht sofort nach Hause müssen. Ich möchte an dieser Stelle mitteilen wer sich abgemeldet und entschuldigt hat. Abgemeldet sind vom Gemeinderat: Kurt Jörg und Michel Cotting vom GGR haben sich folgende Mitglieder abgemeldet: Peter Traber (SP), Nicole Zeiter (SP), Marc Müller (FDP), Pierre-Yves Crettenand (EVP), Toni Oesch (FdU), Maya Weber (SP), Marianne Baumann (SVP) ist zur Zeit noch nicht da, sollte aber in absehbarer Zeit eintreffen. *Um 19.06 erscheint Beat Waldmeier.*

Ich stelle fest, dass 33 Ratsmitglieder anwesend sind.
Um 19.07 erscheint Klaus Jost.

Mitteilungen des Präsidenten

Präsident: Auch in diesem Jahr findet wieder die Aktion 160'000 Rosen für das Recht auf Nahrung statt. Die Aktion findet am Samstag, 13. März 2010 statt. Hier in Zollikofen wird sie vor dem Coop und Migros abgehalten. Es werden dort Rosen zugunsten von Projekten, welche sich gegen Hunger und Armut richten, verkauft. Die Organisatoren dieser Aktion würden sich freuen, wenn Mitglieder des Gemeinderats und vom Grossen Gemeinderat am Samstag zwischen 09.00 Uhr 12.00 Uhr ihre Aufwartung machen und damit Ihre Solidarität zeigen würden. Ich weise darauf hin, dass Ihr auf euren Pulten folgende Unterlagen habt. Einerseits den aktuellen Sitzungsspiegel und dann zwei dringliche Vorstösse, die dringliche Motion Klaus Jost betreffend Schliessung Unterführung Eichenweg Schützenstrasse, andererseits die dringliche Interpellation von Johanna Thomann betreffend Allee längs der Schulhausstrasse. Über die Dringlichkeit dieser Vorstösse werden wir unmittelbar nach den Mitteilungen des Gemeinderates befinden und dann darüber entscheiden ob diesen Geschäften Dringlichkeit verliehen wird, so dass wir Sie dann am Schluss der Traktandenliste abarbeiten können. Weiter habe ich bei dieser Gelegenheit darauf hinzuweisen, dass ich heute Nachmittag noch ein Rücktrittsschreiben auf dem mail-Weg erhalten habe. Der Absender ist ein Parlamentarier, der in diesem Parlament in jeder Hinsicht als Schwergewicht gelten kann. Es ist Beat Waldmeier. Ich erlaube mir sein Rücktrittsschreiben zu verlesen. Als Journalist hat er seine Fähigkeit zur Formulierung noch einmal ausgelebt. Das möchte ich euch nicht vorenthalten. Er schreibt: "Alles hat ein Ende, nur die Wurst hat zwei, dieser Leitspruch hat mir nicht nur meine Figur eingebrockt sondern kann sinnbildlich auch für meinen Rücktritt aus dem Grossen Gemeinderat per 20.2.2010 verwendet werden. Nach 10 ½ Jahren hat meine Zeit im zollikofner Parlament eine Ende. Ausgelöst hat es die berufliche Veränderung mit dem Arbeitsort Luzern, aus der Branche Gastronomie. Aber es ist zeitlich richtig getimt. Ich bin immerhin schon, wenn ich richtig gerechnet habe, der viert dienstälteste Parlamentarier und ich möchte nicht, dass man den folgenden Satz auch auf mich anwenden kann: Zwei der drei Parlamentarier mit mehr Dienstjahren würden besser zurücktreten. Über den Gemeinderat sage ich in diesem Zusammenhang lieber nichts, den letzten Vergleich mit einem Esel haben noch nicht alle überwunden. Einen Dank möchte ich an dieser Stelle an die Verwaltung richten. Natürlich läuft auch in der Gemeinde nicht immer alles wie es sollte. Aber ich habe die Mitarbeitenden immer als sehr engagiert und hilfreich erlebt. Als Menschen eben. Der Staat, das sind ja bekanntlich Sie und wir. Einen Aufruf richte ich an meine bald ehemaligen Kolleginnen und Kollegen, seid weiterhin kritisch im Dienste der konstruktiven Verbesserung. Demokratie ist nicht immer bequem, weder für die kritischen Geister noch für

jene deren Vorlage durch den politischen Fleischwolf gedreht werden. Aber nur so kann man etwas verbessern. Ich werde sicher bald einige und einiges vermissen. Aber zumindest der Gemeindepräsident kann ein bisschen aufatmen. Das bei den Sitzungen Mineralwasser auf den Tischen steht, ist meine Hinterlassenschaft der GGR-Präsidentschaft. Das ist als Hinterlassenschaft doch etwas, und das ist mir nicht Wurst."

Präsident: Besten Dank Beat, für all deine Inputs die du in diesem Parlament eingebracht hast. Du hast es in deinem Schreiben erwähnt, dass du das Parlament einmals präsiert hast. Das war genau in dem Jahr als ich angefangen habe. Du warst also in diesem Sinne mein erster Lehrmeister. Ich hoffe ich kann der Messlatte, die du damals gesetzt hast, gerecht werden. Wir wünschen dir alle zusammen für deine Zukunft das Beste, auch wenn diese nicht in Zollikofen stattfinden wird. *Das Parlament spendet Applaus.*

Präsident: Jetzt haben wir vorhin gehört, dass Nicole Zeiter abwesend sei. Es gilt jetzt noch bevor wir die Traktanden abarbeiten, an Ihrer Stelle, eine ausserordentliche Stimmzählerin oder einen ausserordentlichen Stimmzähler zu wählen. Ich erwarte Wahlvorschläge.

Martin Kocher, SP: Guten Abend miteinander. Die SP schlägt euch Beat Nydegger, SP, als Stimmzähler vor.

Präsident: Danke, werden weitere Wahlvorschläge gemacht? Das ist nicht der Fall. Ich erkläre demzufolge Beat Nydegger als gewählt. Ich gehe davon aus, Beat, du nimmst diese Wahl an. Besten Dank. Dann kommen wir zu den Mitteilungen des Gemeinderates. Edgar Westphale bitte.

Mitteilungen des Gemeinderates

Edgar Westphale, Gemeinderat: Guten Abend miteinander. Ich habe drei Mitteilungen bekannt zu geben. Bei der ersten geht es um Tempo 30, Stand Heute. Es ist so, dass wir im März 2009 publizierten, was es alles für Tempo 30 Zonen geben wird. Das einzige das wir unterlassen haben ist die Verschiebung des Fahrverbotes an der Schäfereistrasse. Es sind darauf Einsprachen eingereicht worden. Wir haben auf die Einsprachen eine Antwort gegeben. Zuerst wurden diese in der Sicherheitskommission, anschliessend im Gemeinderat behandelt. Per September haben wir unsere Antwort bzw. unsere Stellungnahme zu den Einsprachen dem Regierungsstatthalteramt eingeschickt. Vier lange Monate später haben wir endlich Bescheid erhalten, dass wir die Signalisation an der Schäfereistrasse, bzw. die Verschiebung noch einmal publizieren dürfen, was wir natürlich unter Abwarten einer Beschwerdefrist machen. Es wird im Februar noch einmal publiziert, dass dieses Fahrverbot verschoben wird. Die Einsprachen, welche bis jetzt eingegangen sind, bleiben weiterhin gültig. Man kann jetzt wieder neu Einsprache erheben auf dieses Gebiet. Wir hatten eigentlich vorgehabt, die anderen Gebiete, bei welchen keine Einsprachen eingereicht worden sind, zügig umzusetzen. Wir warten aber auch hier noch auf den Bescheid. Es herrscht hier die Meinung vor, dass wir jede einzelne Stehle, die wir setzen, publizieren müssen. Hier hat der Regierungsstatthalter noch keine Antwort gegeben. Wenn wir dies machen können, werden wir uns zügig an die Umsetzung machen. Die zweite Mitteilung betrifft das Fahrzeug der Feuerwehr. Wir haben ja den Landrover ersetzt und diesen mit grossem Erfolg über Ricardo verkaufen können. Wir haben den dreifachen Wert erzielt, welchen uns die Garage gezahlt hätte. Die Neulieferung stand an. Wir haben ein Telefon von

Toyota erhalten, dass sie das falsche Fahrzeug bestellt haben. Wir haben ein Fahrzeug erhalten mit verchromten Fussleisten, Sitzheizung und es war in falscher Farbe. Wir haben dann das Gespräch mit Toyota gesucht. Für das ursprüngliche Fahrzeug besteht eine Lieferfrist von über 6 Monaten. Es ist das Fahrzeug, welches sie am meisten verkaufen. Sie haben uns dann mitgeteilt, dass wir das Fahrzeug zum gleichen Preis übernehmen dürfen, wie das ursprüngliche Modell. Sie würden es sogar noch umspritzen. So gesehen haben wir jetzt ein sehr gutes Fahrzeug zu einem sehr günstigen Preis erhalten. Also prix garantie bestellt und fine food erhalten. Da war nicht so gewollt, aber wir sind günstig dazugekommen. Dann möchte ich noch etwas aus dem GGR vom 14. Oktober 2009 zitieren. Damals hat ein Mitglied hier erzählt, man darf der öffentlichen Hand nicht zuviel Geld in die Hände geben, denn dieses Geld wird sofort aufgebraucht. Ich möchte heute gerne eine Antwort darauf geben. Heute erst, nicht weil mir erst jetzt die Antwort gekommen ist. Im November war es noch nicht spruchreif und im Dezember hatten wir ja bekanntermassen keine Sitzung. Wir haben "Police Bern" umgesetzt. Es wurde im Grossen Gemeinderat im August 2009 behandelt. Wir haben damals zusätzliche 40 Stellenprozente für den Bereich Amts- und Vollzugshilfe beantragt. Ich bin ja jetzt neu im Bereich Sicherheit und auch Alexandra Wyss, Bereichsleiterin Sicherheit, ist seit 1. April im Amt. Wir haben beide gemerkt, dass die Organisation in dieser Abteilung nicht optimal ist. Es gibt keine funktionalen Stellvertretungen, es existieren viele Platzhalterfunktionen. Das ist für uns nicht optimal. Wir haben uns entschlossen, mit Hilfe eines externen Büros eine Überprüfung des ganzen Bereiches Sicherheit durchzuführen. Wir haben jede Stelle auseinandergenommen, ihre Aufgaben überprüft und aufsaldiert, wie viel Zeit diese wirklich brauchen. Dies einerseits. Andererseits haben wir auch geschaut, welche Aufgaben, die der Bereich Sicherheit erfüllt, auch wirklich dort angesiedelt werden müssen. Wir haben festgestellt, dass es Synergien mit anderen Bereichen gibt. Zum Beispiel war es die Aufgabe des Bereichs Sicherheit, zweimal im Jahr alle Schilder zu begutachten, ob diese noch intakt sind oder nicht. Wir haben uns gesagt, dass der Werkhof ja sowieso im Dorf unterwegs ist. Dann könnten wir diesen Bereich allenfalls dem Werkhof abgeben. Ebenso befand sich das Sekretariat öffentliche Anlässe bei der Sicherheit. Diesen Bereich haben wir eher bei den Zentralen Diensten gesehen. So können wir das Fazit ziehen, dass die Gemeinde Zollikofen die 40 Stellenprozente nicht beanpruchen wird. Das Geld können wir sparen. Die Beratung durch die externe Firma kostete Fr. 20'000.--. Diese haben wir im ersten Halbjahr 2010 amortisiert. Besten Dank.

Präsident: Besten Dank Edgar Westphale. Gibt es weitere Mitteilungen aus dem Gemeinderat? Das ist nicht der Fall. Wir gehen zur dringlichen Motion Klaus Jost. Und zwar so, dass wir an dieser Stelle ausschliesslich über die Dringlichkeit beraten und nicht über den Inhalt dieser Motion. Darf ich Herrn Klaus Jost bitten zur Dringlichkeit dieser Motion eine Begründung abzugeben.

Klaus Jost, SVP: Herr Präsident, werte Anwesende, werte Gäste. Wir haben im Mai 2009 hier im GGR Fr. 280'000.00 gesprochen für einen Ausbau der Unterführung Eichenweg/Schützenstrasse. Eine gute Investition, haben wir auch in der Fraktion der SVP befunden. Wir haben uns den Ausbau aber ein wenig anders vorgestellt. Durch die totale Sperre der Unterführung sind im Industriegebiet Meielen/Oberfeld über 500 Arbeitsplätze von Zollikofen abgeschnitten. Es gibt Stau vom McDonalds-Kreisel bis zur Agrola Tankstelle. Kurzfristige Postaufgabe abends durch diese Geschäfte ist fast unmöglich (Umsatzrückgänge dieser Geschäfte). Die Schliessung dieser Brücke dauert ein halbes Jahr. Die beiden Brückenköpfe hätte man ohne Brückensperrung betonieren und vorfabrizierte Elemente verwenden können, was die Schliessung verkürzen würde. Dies sind Aussagen von Fachleuten, nicht von mir. Darum verlange ich vom Gemeinderat mindestens das Rüttibrüggli Wahlenallee/Molkereistrasse beim Bärenkreisel für den Berufsverkehr zu öffnen. Ich bitte euch diese Motion zu unterstützen.

Präsident: Besten Dank Klaus Jost. Ich bitte den Gemeinderat dazu Stellung zu nehmen.

Edgar Westphale, Gemeinderat: Ich sehe, dass die Dringlichkeit vorhanden ist, aber nur wenn du die Motion in ein Postulat umwandelst. Dieser Sachverhalt ist nicht motionsfähig. Zuständig ist die Polizeichefin, somit ist es nicht motionierbar. Wandle es um in ein Postulat, dann werden wir der Dringlichkeit zustimmen.

Präsident: Besten Dank. Wir reden hier über die Dringlichkeit und nicht über die Form des Vorstosses. Wir werden darüber abstimmen ob die Dringlichkeit gewährt wird. Wer der Motion von Klaus Jost die Dringlichkeit gewähren will, wird gebeten, jetzt die Hand zu erheben. **Das sieht nach der Mehrheit aus, die Dringlichkeit ist gewährt.** Wir werden die Motion oder wenn diese im Umfang ändern sollte, als Postulat, als Traktandum 7.7 am Schluss der Traktandenliste behandeln.

Präsident: Dann kommen wir zur dringlichen Interpellation Johanna Thomann betreffend Allee längs der Schulhausstrasse. Auch dieser Vorstoss liegt auf euren Pulten. Die Interpellantin kann jetzt die Dringlichkeit mündlich begründen.

Johanna Thomann, FDP: Guten Abend miteinander. Im Februar 2006 ist das Postulat von Andreas Byland und Mitunterzeichnenden betreffend Allee längs der Schulhausstrasse hier in diesem Raum behandelt und erheblich erklärt worden. Im Papier, welches wir mit der Einladung zu dieser Sitzung erhalten haben "Vorschau über die durch den Grossen Rat zu behandelnden Geschäfte im Jahr 2010" ist das Postulat frühestens auf 2011 oder später terminiert. Das Papier ist geduldig, die FDP-Fraktion in dieser Sache nicht, weil die Zeit läuft. Jetzt läuft das Baugesuch für die letzte Etappe der Überbauung Häberlimatte. Die Frist zur Einreichung von Einsprachen läuft am 8. Februar 2010 ab. Wir meinen darum, dass es jetzt notwendig ist, vor Ablauf der Einsprachefrist Klarheit zu erhalten, was für Anstrengungen der Gemeinderat in der Zwischenzeit unternommen hat, für die Umsetzung dieses überwiesenen Postulats. Ich bitte deshalb den Grossen Gemeinderat die Interpellation mit diesen Fragestellungen zum Postulat Byland als dringlich zu erklären. Besten Dank.

Präsident: Besten Dank. Ich ersuche den Gemeinderat zur Frage der Dringlichkeit Stellung zu nehmen.

Joseph Crettenand, Gemeinderat: Herr Präsident, werte Damen und Herren. Der Gemeinderat ist mit der Dringlicherklärung einverstanden.

Präsident: Besten Dank Joseph. Dann kommen wir zur Abstimmung über die Dringlichkeit dieser Interpellation. Wer dieser Interpellation die Dringlichkeit gewähren möchte, wird ersucht dies durch Handerheben zu bezeugen. **Das ist die Mehrheit. Besten Dank. Auch hier, die Dringlichkeit ist gegeben.** Die Interpellation wird am Schluss als Traktandum 7.8 behandelt werden.

Präsident: Damit kommen wir zu den traktandierten Themen. Die Traktandenliste ist euch zugestellt worden. Wird in bezug auf die Reihenfolge der Traktanden ein Abänderungswunsch gemacht? Ist nicht der Fall. Dann ist die Traktandenliste in der vorliegenden Form genehmigt.

1 Pro Protokoll

Protokoll vom 18. November 2009

Präsident: Gibt es Bemerkungen oder Ergänzungen zum Protokoll vom 18. November 2009? Das ist nicht der Fall. **Somit erkläre ich das Protokoll vom 18. November 2009 als genehmigt.**

2 35.500. Grossgemeinschaftsantennenanlage
Orientierung

Präsident: Der Gemeinderat hat das Wort.

Liselotte Huber, Gemeinderätin: Wir kommen zum Punkt 1, das heisst, das Wichtigste in Kürze. In den 70er Jahren hat die Gemeinde Zollikofen in kluger und innovativer Voraussicht ein eigenes Kabelnetz erstellt. Heute, bald 40 Jahre später, muss und kann die Gemeinde Zollikofen die Weichen für die Zukunft stellen. Es ist davon auszugehen, dass in der Schweiz in den nächsten Jahren die Kabelnetze so ausgebaut werden, dass jeder Haushalt über einen Glasfaseranschluss verfügen wird. Dieser Ausbau erfordert erhebliche Investitionen. In Zollikofen ist für diesen Ausbau mit Investitionskosten in der Grössenordnung von 15 Mio. Franken zu rechnen. Zudem sollen die Bürger und Bürgerinnen, also die Endkunden, in Zukunft ihren Dienstleister wie bei der Telefonie und demnächst auch beim Strom wählen können. Die Zukunft der leitungsgebundenen Telekommunikation ist ein Open Access System, also mehrere Dienstleister auf dem gleichen Netz. Für die Gemeinde Zollikofen ist der Bau eines Glasfasernetzes und der Betrieb eines eigenen Open Access Systems aus finanzieller, personeller und technischer Hinsicht nicht realistisch. Nach eingehender Prüfung von vier Handlungsvarianten, ist aus der Sicht des Gemeinderates, der Verkauf des Kabelnetzes, verbunden mit dem Abschluss einer umfassenden Leistungsvereinbarung mit dem Erwerber, für die Bürger und Bürgerinnen der Gemeinde Zollikofen die optimalste Lösung. Zweitens, die Ausgangslage. Öffentliche Diskussionen, Medienberichte und verschiedene Vorstösse in Parlamenten zeigen, dass der Markt im Bereich der Gemeinschaftsantennenanlagen derzeit ungewohnt stark in Bewegung ist. Einerseits ändert sich das technologische Umfeld und andererseits drängen neue Anbieter in diesen Markt. Deshalb wurde ein Expertenbericht zur zukünftigen Entwicklung bei der Firma OCHA GmbH, Bern, in Auftrag gegeben. Dieser zeigt die heutige Situation des Telekommunikationsmarktes und die zu erwartende Entwicklung auf. Zudem werden die sich daraus für die GGA-Zollikofen ergebenden Konsequenzen beschrieben. Es zeigt sich, dass eine Vielzahl von gleichzeitigen Entwicklungen den weiteren Betrieb der GGA-Zollikofen durch die Gemeinde Zollikofen stark beeinflusst. Da in naher Zukunft alle Netze sämtliche Inhalte wie TV/Radio, HD-TV, Internet, Telefonie, VOD, Pay TV, Catch up TV usw. transportieren können, wird die bisherige Hauptbedeutung des GGA-Netzes Zollikofen für den Fernsehempfang kleiner. Die neu entstandene Wettbewerbssituation mit den anderen Netzbetreibern rückt damit stark in den Vordergrund. Es stellt sich die Frage nach dem Betrieb des Kabelnetzes durch die Gemeinde Zollikofen. Ist es sinnvoll ein Kabelnetz durch die Gemeinde zu betreiben oder nicht? Der Gemeinderat hat sich mit

dieser Frage und dem Expertenbericht sehr intensiv auseinandergesetzt und hat als Folge seiner Erkenntnisse die Kommission Betriebe mit der Verkaufsausschreibung beauftragt. Im Kapitel 4 Politische Gewichtung wird hierzu näher eingegangen. Für das Kapitel 3 wird jetzt Herr Jörg Halter das Referat übernehmen. *Um 19.20 Uhr erscheint Marianne Baumann.*

Jörg Halter, OCHA GmbH: Guten Abend miteinander. Was soll man mit einem Kabelnetz machen? Das kann ich euch leider auch nicht sagen. Das muss das Parlament entscheiden, da es sich um einen politischen Entscheid handelt. Was ich euch in den nächsten paar Minuten aufzeigen möchte ist, was in diesem Umfeld passiert, was machen wir alle heute wenn wir Fernsehen, wenn wir im Internet surfen und was hat das für Konsequenzen auf das Netz. Wir sind uns nämlich manchmal gar nicht bewusst, was diese Aktivitäten für einen Einfluss auf das Netz haben. Ausserdem möchte ich aufzeigen was wir tagtäglich neu akzeptieren und was sich alles verändert. Ich möchte in ein paar Schritten kleine Sachen aufzeigen, und muss dann dem Parlament das weitere Vorgehen im Bereich der politischen Seite überlassen. Wo steht das Kabelnetz der Gemeinde Zollikofen heute? Zollikofen besitzt, das müssen wir realistisch sehen, ein relativ kleines Netz. Es existieren Netze, an welche bis 1.5 Mio. Personen angeschlossen sind. Dies ist beispielsweise bei der Cablecom der Fall. In Zollikofen fallen vor allem zwei Punkte auf. In Zollikofen erfreut sich das Fernsehen einer grossen Beliebtheit. Man kann ausserdem erkennen, dass der Anteil an Teleclub-Benutzern hier relativ hoch ist. Ausserdem bezahlt man in Zollikofen nicht gerne zuviel für das Fernsehen. Im schweizerischen Durchschnitt rangiert Zollikofen am unteren Ende der Skala, das heisst die Kosten sind hier sehr tief. Weniger bezahlen ist immer besser als viel bezahlen. Doch im Hinblick auf die kommenden Entwicklungsschritte mag dies nicht ganz richtig sein. Jedes Produkt hat seinen Lebenszyklus. Das ist bei einem Kabelnetz nicht anders. Das heutige Netz ist technisch nicht mehr ganz auf dem aktuellsten Stand. Die Konsequenz daraus ist, dass jedes Gerät, das zusätzlich an das Netz angeschlossen wird, dieses langsamer macht, und zwar für alle. Es existiert heute eine Konkurrenzsituation auf dem Markt der Kabelnetzanlagen. Ein Beispiel. Wenn man bei der Swisscom ein bestimmtes Kabel bestellt, bezahlt man nichts dafür. Bestellt man dasselbe Kabel bei der GGA Zollikofen, kostet das gleiche Kabel einige hundert Franken. Das ist eine unmögliche Wettbewerbssituation, welche sich die GGA Zollikofen nicht mehr lange leisten kann. Ich möchte noch kurz, darauf hinweisen, dass die Kopfstation, welche sich auf dem Dach des Altersheims befindet, nicht nur der Gemeinde Zollikofen dient, sondern auch Ittigen, Münchenbuchsee und weiteren Gemeinden. Die GGA Zollikofen lebt heute vom TV-Anschluss. Die Internet-Gebühren werden direkt von der Cablecom erhoben und der Gemeinde dann wieder zurückvergütet. Im Moment macht die GGA-Zollikofen Gewinn. Was soll sich nun in Zukunft im Bereich des Fernsehens verändern? Man hört ja immer wieder, dass sich in nächster Zukunft der ganze Bereich des Fernsehens revolutionieren soll. Doch die meisten Kunden bemerken diese ganzen Veränderungen gar nicht, da sich diese in kleinen Schritten vollziehen. Ich werde hier nicht auf alle Aspekte eingehen. Die Digitalisierung werde ich später thematisieren. Den Begriff Spartensender haben vielleicht einige von Ihnen schon gehört. Spartensender gibt es bereits heute. In Liestal gibt es einen Sender namens Alf (Arolfinger Lokalfernsehen). Dieser Sender ist für rund 500 Personen gedacht und wird tatsächlich übertragen. Das könnte in unserer Region durchaus auch passieren. Wir haben vorhin den Begriff Catch up TV gehört. Ab März ist diese Technologie auch in Zollikofen verfügbar. Man kann dann 24 Stunden lang beispielsweise "10vor10" schauen. Dies Möglichkeit ist gratis und kostet den Endbenutzer nichts. In vielen Haushalten stehen heute 3 bis 4 Flachbildschirme. Diese Menge an Geräten die hier zusammenkommt, belastet das Netz ungemein. In unseren Köpfen herrscht die Vorstellung, dass wir lediglich den Fernseher einstecken müssen und dann läuft er. Dass aber dazu ein entsprechendes Signal erzeugt und transportiert werden muss, dessen sind wir uns nicht bewusst. Die Folge davon ist klar: Netzausbau. Bis anhin musste man Fr. 8.50 für den analogen

Fernseh- und Radioanschluss bezahlen. Dies ist, wie bereits schon erwähnt, relativ günstig. Was heisst das nun? Ich werde dies anhand von einigen praktischen Beispielen erläutern. Die schönen neuen Flachbildschirme sehen heute ungefähr so aus (Herr Halter weist auf einen Fernseher im Rahmen der PowerPoint Präsentation). Was sie hier erkennen ist nicht irgendein zusammengeschnittenes Bild (auf der PowerPoint Präsentation kann man einen Fernseher erkennen, auf welchem 8 Sender gleichzeitig nebeneinander gesendet werden). Man kann sich heute 8 live Fussballspiele gleichzeitig anschauen. Das ist mit den heutigen Fernsehgeräten kein Problem. Die Senderauswahl in der Schweiz ist bekannt. In Deutschland werden standardmässig 110 Sender ausgestrahlt. Die Zukunft geht hier in Richtung 400 Sender. Die amerikanischen Netze haben heute zwischen 700 - 800 Sender auf ihren Netzen. Wir schütteln den Kopf und fragen uns ob diese Sender alle geschaut werden. Und die Antwort ist, wenn ein Angebot besteht, dann wird es auch genutzt. Die Entwicklung geht aber noch weiter. Sicher haben Sie schon von 3D gehört. Was bedeutet 3D? Falls Sie den Film Avatar im Kino gesehen haben, wissen sie was 3D bedeutet. In naher Zukunft ist dies auch auf dem Fernsehgerät zu Hause möglich. Die entsprechenden Fernsehgeräte kann man heute schon kaufen. Es gibt einfach noch keinen Sender dazu. Was heisst das für uns? Ein Film wie Avatar braucht rund die zwanzigfache höhere Übertragungskapazität als ein konventioneller Film. Dies bedeutet, das Netz wird entsprechend ausgebaut werden müssen. Für diejenigen die den Film Avatar nicht gesehen kurz eine Erklärung. Es handelt sich um eine Art Science-Fiction Film, welcher in 3D produziert wurde und bei welchem man den Eindruck gewinnt, die Filmelemente kommen direkt auf einen zu. Kommen wir nun zum Internet. Dieses läuft ja bereits heute auf dem Kabelfernsehtnetz. Betrachten wir uns einmal Youtube. Das ist eine Homepage auf welcher man selber produzierte Filme hochladen kann. Heute wird 8 Prozent des gesamten Internetverkehrs durch Youtube erzeugt. Die Qualität der Filme, die man sich da ansehen kann, ist nicht überragend. Youtube bietet aber nun die Möglichkeit, sich die Filme in fünfmal höherer Qualität anzusehen. Das bedeutet auch eine fünfmal höhere Datenmenge. Ach du liebes Netz! Das wird das heutige Netz noch einmal zusätzlich belasten. Aber das sind genau solche Belastungen welche in Zukunft auf ein Kabelnetz zukommen werden. Auch das Fernsehen im Internet wird zunehmen. In England sind Übertragungsraten von 200 Megabyte (MB) keine Seltenheit. Der Durchschnitt der Schweizer Bevölkerung surft heute mit zehnmal weniger MB. Wir werden diese Datenmengen in Zukunft alle nutzen. Ich weiss noch was ich vor 10 Jahren prognostiziert habe, mit welchen Datenmengen wir in Zukunft surfen werden, diese wurde bei weitem übertroffen. Ich garantiere Ihnen, dass diese Entwicklung rasant weiter gehen wird. Sobald diese Geschwindigkeiten möglich sind, werden diese auch genutzt werden. Nun das sind Entwicklungen die anstehen, ich könnte noch lange weiter erzählen, was auf diesen Netzen in Zukunft vonstatten gehen wird. Ich könnte noch lange darüber philosophieren. Es geht aber schliesslich nicht darum ob wir das gut oder schlecht finden. Es gibt Leute, und in Zollikofen gibt es offensichtlich viele Leute welche gern Fernsehen, die werden solche Angebote nutzen wollen. Was heisst das für die Zukunft? Die Zukunft ist, davon haben wir sicher alle schon mal gehört, ein Glasfaserkabel. Das heisst alles läuft über dieses Glasfaserkabel. Damit haben wir schon den ersten wunden Punkt der Zukunft aufgedeckt. Denn, wer baut dieses Glasfasernetz? Baut es die Gemeinde? Baut es die Swisscom? Man hat schon davon gehört, dass diese bauen wollen. Es bestehen seitens der Swisscom intensive Bestrebungen in dieser Richtung. Manchmal wird hier auch eine kleine mediale Schlacht bezüglich der Frage, wer darf das Glasfasernetz bauen, geführt. Baut es die BKW? Auch hier hört man hin und wieder, dass die BKW diesbezüglich Ambitionen hat. Für uns spielt es eine untergeordnete Rolle, wer schlussendlich das Netz baut. Wenn wir als Kabelnetzbetreiber bauen wollen, müssen wir die notwendigen Investitionen tätigen und die anderen werden es nutzen. Schlussendlich wird irgend jemand das Netz bauen. Aber dann stehen wir dementsprechend im Wettbewerb mit diesen. Heute haben wir einen Anschluss, auf welchem Bluewin TV einigermassen gut läuft. In Zollikofen, das hat nichts mit Zollikofen an sich zu tun, son-

dern mit den Distanzen welche im Dorf vorherrschen, läuft Bluewin TV aber noch nicht sehr gut. Aber hier wird immer mehr Wettbewerb spürbar werden. Wir werden alle in Zukunft einen Glasfaseranschluss haben. Es wird nicht mehr wie bisher einen Anschluss fürs Fernsehen und einen für ADSL geben. Man wird die diversen Anschlüsse immer mehr zusammen fassen. Das Ganze hat nun zwei Seiten. Als Privatperson ist es natürlich sehr schön, weil man immer ein bisschen weniger bezahlen muss, dass kennen wir von den Computern alles kostet hier immer ein bisschen weniger, man ist sich dies so gewohnt. Und das ist auch der Lauf der Dinge. Technologie kostet, je länger diese auf dem Markt ist, umso weniger. Auf der anderen Seite, heisst dies aber, wenn wir dies als Verantwortliche für das Kabelnetz betrachten, bekommen wir weniger Geld. Hier besteht nun ein Missverhältnis, je nachdem von welcher Warte aus, man die Problematik betrachtet. Und wir haben noch ein zusätzliches kleines Problem. Uns gehören nämlich zwei Netze. Einerseits sind wir Bürger von Zollikofen. Hier gehört uns die GGA, andererseits sind wir aber auch Bundesbürger, dann sind wir auch ein bisschen an der Swisscom beteiligt. Die hat nämlich auch noch ein Netz. Genaugenommen sind wir also Konkurrent mit uns selber. Wenn wir nun Bluewin TV oder ein anderes Produkt, welches von der Sunrise oder von einem anderen Anbieter angeboten wird, nicht anbieten, sind wir weg vom Markt. Das heisst, das Kabelnetz verliert Kunden. Jeder Kunde der wechselt, ist verloren für lange Zeit. Das bedeutet, dass wenn die Gemeinde ein Kabelnetz betreibt, ob nun gewünscht oder nicht, muss ein viel aufwändigerer Unterhalt gemacht werden. Das Netz muss aber auch vermarktet werden, denn wir stehen plötzlich in Wettbewerb zu anderen Anbietern. Heute muss das Netz nicht bewirtschaftet werden, die Leute brauchen das Netz, wenn sie Fernsehen wollen. In Zukunft muss man sich mit mehreren Anbietern herumschlagen, es ist wichtig, dass man die aktuellen Angebote auf dem Netz anbieten kann. Der Open Access, welchen Frau Huber erwähnt hat, kommt nicht von selber. Die Anbieter müssen auf dem Netz vorhanden sein. Wenn Sunrise ein Angebot bereit hält, muss dieses auf dem Netz angeboten werden. Also stehen wir plötzlich in einer Wettbewerbssituation. Die Gemeinde muss sich darum kümmern, dass dieser Wettbewerb auch erfolgreich geführt werden kann, und man beispielsweise auch gegen eine Swisscom oder eine Sunrise antreten kann. Die Gemeinde muss, wenn sie ein Kabelnetz betreibt, dieses auch aktiv vermarkten. Zusätzlich, ich habe dies erwähnt, ist das Netz auf einem Stand, auf welchem man es eindeutig ausbauen muss. Dies vor allem in Bezug auf die Geschwindigkeiten. Dieser Ausbau muss relativ schnell erfolgen, da bei jedem kommenden Technologieschritt Wettbewerbsnachteile auf die Gemeinde zukommen werden. Bei einem vollen Ausbau auf Stufe Glasfaser ist man für den Wettbewerb in Zukunft am besten gerüstet. Dieser Ausbau kostet rund Fr. 15 Mio. für die 4'800 Haushalte, welche heute angeschlossen sind. Zum Schluss ganz kurz, wie stehen wir im ganzen Umfeld da? Das ist für mich eine ganz wichtige Frage. Sind wir die einzigen welche sich diese Frage stellen? Wenn wir uns die Blütezeit der Kabelnetze betrachten, das war in den 80er und 90er Jahren, gab es rund 600 bis 650 Kabelnetze. Heute sind wir bei weniger als 250 Kabelnetzen angekommen. Es werden Ende Jahr etliche weniger sein. Wir sind nicht die einzigen in der Schweiz, welche sich diese Überlegungen machen. Wenn man die Landkarte der Schweiz betrachtet, kann man feststellen, dass relativ viele Netze verschwunden sind. Der Grossteil hat sich zusammengeschlossen. Hier (zeigt auf einer PowerPoint Folie einige Zusammenschlüsse von Netzen) sind einige Zusammenschlüsse in der Region aufgeführt. Man kann erkennen, dass es immer relativ viele Gemeinden waren, welche sich zusammengeschlossen haben. Hier kommen dann jeweils ein paar zehntausend Haushalte auf ein Netz. Dies ist eine Möglichkeit. Der grössere Teil der Netze, welche verschwunden sind, wurden aber einem grösseren Anbieter verkauft. Hier gibt es natürlich mehrere Anbieter. In den letzten zwei bis drei Jahren sind über 30 Kabelnetze verkauft worden. Heute bestehen noch 248 eigenständige Kabelnetze. Eins ist sicher, die Kabelnetze verschwinden nicht, es sind noch alle in Betrieb aber es sind zwei ganz wichtige Punkte welcher man sich bewusst sein muss, auch wenn man nicht auf Glasfaser-Standard ausbauen will. Es braucht Investiti-

onen, und zwar höhere Investitionen als man bis anhin getätigt hat (es können aber auch höhere Erträge generiert werden). Was für die Gemeinde wichtig ist, man muss aktiv werden, da heute eine ganz andere Situation vorherrscht als noch vor zwei Jahren. Besten Dank.

Präsident: Besten Dank Herr Halter. Das Wort hat wieder der Gemeinderat.

Liselotte Huber, Gemeinderätin: Ich komme nun zu Punkt 4 die Politische Gewichtung. Der Gemeinderat gibt dem Verkauf der GGA-Anlage aus folgenden Gründen den Vorzug: Das Netz der Gemeinde Zollikofen ist mit 4'800 Kunden zu klein. Die Investition von 15 Mio. Franken für ein Glasfasernetz ist nicht verwantwortbar. Die einstige Monopolsituation ist vorbei, der Markt steht unter starker Konkurrenz. Der Gemeinde Zollikofen fehlt für dessen Betrieb das notwendige technische Know-how und das notwendige Marketing Know-how. Die Gemeinde Zollikofen muss bereits heute sämtliche Leistungen einkaufen. Sie verrechnet lediglich die Gebühren für den analogen Radio/TV-Empfang. Alle weiteren Leistungen werden die Cablecom GmbH wahrgenommen. Die Einflussnahme der Gemeinde Zollikofen ist also sehr gering. Und diese Situation würde sich bei einem Netzausbau nicht verbessern. Im Gegenteil, die Abhängigkeiten würden sich noch verstärken. Was heisst das, Der Gemeinderat hat die Kommission Betreibe mit den Verkaufsausschreibungen beauftragt? Der heutige Stand des Geschäftes. Die Gemeinde Ittigen bzw. die GGA-Ittigen ist mit der gleichen Situation konfrontiert wie die Gemeinde Zollikofen. Deshalb hat sich die Gemeinde Ittigen dazu entschlossen beim Projekt Verkaufsausschreibung mit zu machen. Zudem wurde auf Wunsch der Gemeinde Ittigen das Projekt erweitert. So wird nun nicht nur der Verkauf sondern auch ein Miete/oder Pachtmodell ausgeschrieben. Was heisst das nun? Entschieden was mit der GGA-Zollikofen geschehen soll, wird hier im Parlament und an der kommenden Volksabstimmung im November 2010. Damit dem Parlament ein handfestes Geschäft, mit Zahlen und Fakten unterbreitet werden kann, braucht es eine vorgängige Ausschreibung. Selbstverständlich erfolgt sie unter den entsprechenden notwendigen Vorbehalten. Und selbstverständlich soll danach jede Gemeinde selber und unabhängig voneinander entscheiden können. Ziel ist es, dass den Bürgerinnen und Bürgern eine Lösung unterbreitet wird, wo ein modernes Netz, mit moderaten Preisen und dem Dienstanbieter nach Wahl im Vordergrund steht. Der Verkaufserlös, und diese Botschaft und Aussage ist wichtig, steht nicht im Vordergrund dieses Projektes. Jetzt noch zum weiteren Vorgehen. Der Terminplan ist ehrgeizig. Wie bereits erwähnt, sollen die Bürgerinnen und Bürger im November 2010 an der Volksabstimmung entscheiden können. Das Geschäft wird am 15. September 2010 im GGR behandelt. Damit das Geschäft möglichst effizient und im avisierten Zeitplan realisiert werden kann, wurde eine Projektorganisation geschaffen (Gemeinderätin Liselotte Huber demonstriert die Projektorganisation anhand einer PowerPoint Folie). Nun kommen wir zu Punkt sechs, Fragen und Antworten an Herrn Halter. Die Leitung übernimmt der Präsident.

Präsident: Besten Dank Liselotte Huber. Damit ist das Wort offen für alle GGR Mitglieder für Fragestellungen. Wem darf ich das Wort geben.

Hans Peter Baumann, SVP: Mich würde aus heutiger Sicht interessieren, wie lange die voraussichtliche Amortisationsdauer für ein Glasfasernetz dauert.

Jörg Halter, OCHA GmbH: Das heutige Netz ist nun 40 Jahre in Betrieb. Bei Glasfaser geht man wieder von 40 Jahren aus. Das heisst man muss mit sehr langen Abschreibungsdauern rechnen. Wir rechnen heute bei Glasfaser mit 9 bis 12 Jahren, je nachdem wer die Netze baut.

Präsident: Roland Stucki bitte.

Roland Stucki, EVP: Ich habe noch eine Frage zu den Teilnehmern. Sie haben gesagt, es seien 4'800 Teilnehmer. Ich war damals in den 70er Jahren Assistent des Projektleiters als man die Netze gebaut hat. An dieses Netz haben sich damals auch die Gemeinden Mooseedorf, Ittigen und Kirchlindach und so viel ich weiss noch weitere Gemeinden angeschlossen. Sind diese Gemeinden heute nicht mehr dabei? Ist Mooseedorf nicht an diesem Netz?

Jörg Halter, OCHA GmbH: Doch, versorgt werden immer noch 12'000 Kunden, ab der Headend Station.

Roland Stucki, EVP: Eben, das haben Sie nicht gesagt.

Jörg Halter, OCHA GmbH: Doch, doch dies steht so auf den Folien.

Roland Stucki, EVP: Haben Sie dies gesagt?

Jörg Halter, OCHA GmbH: Allenfalls habe ich 12'000 nicht gesagt.

Roland Stucki, EVP: Ab der Kopfstation werden 12'000 Kunden versorgt, also viel mehr als 4'800 Anschlüsse. Also haben alle dieses Problem, oder?

Jörg Halter, OCHA GmbH: Ja das Problem haben alle. Darum hat sich ja Ittigen angeschlossen. Das ist vollständig richtig.

Roland Stucki, EVP: Und Mooseedorf?

Jörg Halter, OCHA GmbH: (Herr Halter fragt kurz bei Peter Rieder, Bereichsleiter Betriebe, welcher im Publikum sitzt, nach, ob Mooseedorf noch angeschlossen ist).

Peter Rieder, Bereichsleiter Betriebe Gemeinde Zollikofen: Mooseedorf hat zur Zeit keine Absichten.

Roland Stucki, EVP: Besteht die Absicht das Netz auf Glaser-Standard auszubauen? Es würde ja keinen Sinn machen, wenn die Gemeinde Zollikofen auf Glasfaser ausbaut, wenn die Swisscom den Ausbau dermassen pusht? Die Swisscom hat ja jetzt angefangen das ganze Netz in anderen Städten auf Glasfaser auszubauen, Zürich haben Sie bereits erwähnt, Basel ist schon weit fortgeschritten. Also die ganze Entwicklung wird irgendwann kommen, so dass wir wohl gar nicht selber in diese Technologie investieren müssten.

Jörg Halter, OCHA GmbH: Das ist richtig. Darin ist sich die Branche einig. Es werden niemals alle 3 Anbieter das Glasfasernetz bauen. Es wird pro Gemeinde, leider ist es pro Gemeinde, entweder der eine oder der andere bauen. Das ist richtig, man muss es nicht selber bauen. Aber das heisst nicht, dass man keine Investitionen tätigen muss, die entsprechenden Anpassungen muss man trotzdem machen.

Präsident: Besten Dank, Hans-Jörg Rhyh bitte.

Hans-Jörg Rhyh, SP: Gehe ich richtig in der Annahme, dass man das vierzigjährige Kabelnetz wie es heute besteht, niemandem verkaufen kann, sondern wahrscheinlich eher die Anschlüsse oder die Kunden oder was auch immer. Man kann ja das Kabelnetz in dem Zustand wie es sich heute präsentiert niemandem mehr anbieten, man kann es ja nicht mehr benutzen, nehme ich an.

Jörg Halter, OCHA GmbH: Ganz so schlimm steht es nicht um das Kabelnetz, sonst könnte man ja nächstes Jahr nicht mehr Fernsehen. Man würde einerseits sicher die Kunden verkaufen, da haben sie vollständig Recht. Auf der anderen Seite muss man eben investieren und kann dann das Netz weiterhin benützen. Man wird immer weniger vom heutigen Netz gebrauchen. Man wird immer mehr mit Glasfaser arbeiten. Aber physisch wird man noch einen grossen Teil des Netzes benützen. Letzes Jahr waren noch 30 Netze vorhanden, und da waren Interessenten vorhanden. Im Prinzip treten immer noch die beiden Industrien gegeneinander an.

Präsident: Besten Dank, Hans Peter Baumann bitte.

Hans Peter Baumann, SVP: Kann man sagen, je länger dass man mit einem Verkauf zuwartet, desto tiefer würde ein Verkaufserlös ausfallen, weil weniger Interesse vorhanden ist?

Jörg Halter, OCHA GmbH: Ja, das ist hundertprozentig richtig. Mit jedem Jahr nimmt das Interesse und damit ein allfällige Verkaufserlös ab.

Präsident: Besten Dank. Weitere Fragen? Martin Kocher bitte.

Martin Kocher, SP: Ich möchte gerne wissen, macht es für mich als Konsument einen Unterschied, ob das Netz durch die Gemeinde oder einen anderen Anbieter gebaut wird. Preislich, im Angebot etc.?

Jörg Halter, OCHA GmbH: Nein. Sie werden keinen Unterschied bemerken. Auch preislich leider nicht. Weil der Acces, der Teil des Kabels, der verlegt ist, auf die Preise keinen grossen Einfluss hat. Was aber bei einem Ausbau sicher ändern wird, sind die Fr. 8.50 Ob nun die Gemeinde ausbaut oder ein anderer Anbieter. Diesen tiefen Preis wird man nicht mehr lange halten können.

Präsident: Besten Dank. Ralph George bitte.

Ralph George, FDP: Eine ganz laienhafte Frage. Was bedeutet ein Ausbau. Es befinden sich ja Röhren im Boden, in welchen ein Metallkabel geführt wird. Bedeutet ein Ausbau nun, dass man dieses Metallkabel entfernt und dann ein Glasfaserkabel einfügt? Ist dies der eigentliche Ausbau?

Jörg Walter, OCHA GmbH: Jein. Man hat zwei Varianten zur Verfügung. Bei der einen Variante macht man das, was Sie bereits geschildert haben, das man selber ein Glasfasernetz einzieht. Es ist aber auch möglich, dass man im Rahmen einer Übergangsphase, da Glasfaser, qualitativ besser ist als Kupferkabel, dieses noch anders nutzen kann. Und dass man in einem ersten Schritt nur die Elektronik ersetzt. Also ähnlich wie bei denen die bereits Teleclub abonniert haben, und nun Set-Top-Boxen einsetzen. Es gibt also zwei Möglichkeiten.

Präsident: Besten dank. Beat Baumann bitte.

Beat Baumann, Bauverwalter Gemeinde Zollikofen: Geschätzte Damen und Herren. Ich kann vielleicht noch ein paar Ergänzungen zu unserem Netz anbringen. Wir haben diesen Punkt vorhin bereits angesprochen. Können wir unser Netz denn überhaupt verkaufen? Wir haben einen sehr unterschiedlichen Standard auf unserem Netz. Das geht vom einfachen unisolierten Kabel, das im Vorgarten verlegt ist, bis zu einer dem heutigen Stand entsprechenden Kabelschutzrohranlage. Das heisst vom letzten Verknüpfungspunkt wird es sternförmig in jeden Haushalt verteilt. Genau diese sternförmige Verkabelung ist schlussendlich die Bedingung, dass man das Glasfasernetz bauen

kann. Denn wir haben viel zu viele Abschnitte in welchen keine Kabelschutzrohre vorhanden sind. Und dies ist absolute Bedingung, dass man Glasfaser einziehen kann. Und da pro Gemeinde ja einfach ein Glasfasernetz gebaut wird, steht eine andere Lösung im Vordergrund. Am idealsten wäre es, wenn der Stromlieferant das Netz bauen würde, da dieser über das am besten ausgbaute Kabelschutzrohrnetz verfügt. In diesem Rohrnetz hat eine Glasfaser längstens genügend Platz. Wir haben schlussendlich ein TV-Rohr, ein Telefon-Rohr und ein Strom-Rohr. Die sind im Durchmesser vielleicht 5 cm und darin ist jeweils lediglich ein Kabel. Das wird nicht die Zukunft sein. Das ist mit ein Grund, weshalb der Gemeinderat zum Schluss gekommen ist, dass man nicht auf diesem System aufbauen will, sondern, dass man dieses veräussern möchte. Wie das ganze Verfahren vonstatten gehen wird und wer schlussendlich das Netz kaufen wird, dies sind Fragen welche nun mit der Ausschreibung geklärt werden sollen. Es ist auch denkbar, dass ein Stromlieferant mit einem Telekommunikationslieferant zusammenarbeitet und diese gemeinsam eine Lösung erarbeiten. Die Idee, dass nun der Bagger auffährt und ein neues Netz von null auf gebaut wird, ist unrealistisch. Diese Variante ist viel zu teuer.

Präsident: Besten Dank, Beat Baumann. Ich möchte noch einmal eine Fragerunde durchführen.

Markus Burren, SVP: Ich stelle fest, es wird für uns alle wesentlich teurer, das ist klar. Mit Fr. 8.50 kommen wir nicht mehr weit. Wenn wir die voraussichtliche Investition von 15 Mio. ins Verhältnis zu den 4'800 Haushaltungen setzen, ergibt das pro Anschluss rund Fr. 1'000.00 und wenn wir dies in 10 Jahren amortisieren wollen, ergibt dies pro Monat Fr. 25.00 welche wir für die Amortisation bezahlen müssen. Also bezahlen wir schlussendlich für jeden Anschluss zwischen Fr. 35.00 - 50.00. Dies ergibt ein anderes Verhältnis, das müssen wir klar sehen. Wir wollen den Fortschritt, jedenfalls ein Teil will den Fortschritt, wir werden dazu gezwungen. Dieser Fortschritt bedeutet eine grössere Ausgabe im Haushalt bzw. in jedem Haushaltsbudget und ihr seht selbst, Fr. 8.50 oder Fr. 35.00 - 50.00 ist doch ein Unterschied. Aber wir kommen wohl nicht umhin diese Kosten in Kauf nehmen zu müssen. Wir dürfen unser Netz nicht unterschätzen, ein Kabelrohr, das hat seinen Wert, dafür können wir auch einen entsprechenden Preis verlangen. Ein Durchleitungsrecht das kostet. Je nachdem muss es im Grundbuch eingetragen werden oder auch nicht. Dies generiert alles Kosten, dass weiss der Präsident, der selber Notar ist, am besten. Daher dürfen wir den Wert des Netzes nicht unterschätzen.

Präsident: Besten Dank Markus. Sind noch weitere Fragen offen? Das ist nicht der Fall, dann können wir das Traktandum zum Abschluss bringen. Ich danke hier bereits Herrn Jörg Halter, dass er sich die Zeit genommen hat heute abend zu erscheinen. Er wird jetzt noch unter uns bleiben, wir haben jetzt eine Block von 3 Interpellationen, welche auch die Grossgemeinschaftsanlage zum Inhalt haben. Falls dort noch Fragen auftauchen, sind wir vielleicht froh, wenn Herr Halter, als Sachverständiger noch unter uns weilt.

3 1.92.3 Interpellationen

Interpellation Hans Peter Baumann betreffend Kabelnetz-Anlage Zollikofen nach dem ComCom Entscheid; Antwort

Präsident: Die Antwort des Gemeinderates ist euch in Schriftform vorgelegt worden. Möchte der Gemeinderat dazu noch Ergänzungen anbringen? Ist nicht der Fall. Dann steht dem Interpellant nun die Möglichkeit zu, sich kurz zu äussern, ob er von dieser Antwort befriedigt ist.

Hans Peter Baumann, SVP: Ich bin befriedigt.

Präsident: Kürzer ist es nicht möglich, besten Dank Hans Peter. Ich stelle fest dass diese Interpellation erledigt ist.

4 1.92.3 Interpellationen

Interpellation Roland Stucki betreffend Verkauf Netz Gross-Gemeinschaftsantennenanlage GGA; Antwort

Präsident: Auch hiervon ist euch mit den Sitzungsunterlagen eine schriftliche Antwort des Gemeinderates zur Verfügung gestellt worden. Hat der Gemeinderat zu dieser Interpellation eine Ergänzung? Auch hier nicht. Der Interpellant hat das Wort

Roland Stucki, EVP: Ich hätte es sehr begrüsst, wenn man eine grössere Versammlung bzw. Infoveranstaltung durchgeführt hätte, an welcher auch die Swisscom und die BKW sowie Herr Halter teilgenommen hätten. Es hätte uns eine umfassendere Diskussion ermöglicht für die Einschätzung der ganzen Sachlage. Aber ansonsten bin ich befriedigt.

Präsident: Besten Dank und damit ist auch diese Interpellation erledigt.

5 1.92.3 Interpellationen

Interpellation Martin Kocher betreffend Zukunft der Radio-und TV-Programme in Zollikofen; Antwort

Präsident: Diese Antwort liegt euch ebenfalls vor. Möchte der Gemeinderat hier eine Ergänzung anbringen? Auch hier nicht. Dann frage ich den Interpellant zu seiner kurzen Stellungnahme zur Behandlung seiner Interpellation.

Martin Kocher, SP: Besten Dank. Kurz ist das Stichwort, die Antwort ist relativ kurz gehalten aber das rührt natürlich auch daher, dass vorgängig diese Veranstaltung durchgeführt worden war. Drei Vorstösse zum gleichen Thema in der gleichen Sitzung, zeigt doch dass es ein ziemlich sensibles Geschäft ist und ich bin froh dass das Depar-

tement und die Verwaltung entschieden haben, dass man eine solche Veranstaltung durchgeführt. Ich bin von der Antwort befriedigt.

Präsident: Besten Dank Martin. Die Interpellation ist somit erledigt.

6 1.201.20 Vormundschafts- und Sozialhilfekommission

Vormundschafts- und Sozialkommission; Ersatzwahl

Präsident: Eintreten auf dieses Geschäft ist aufgrund unserer Geschäftsordnung vorgegeben. Der Grosse Gemeinderat ist Wahlbehörde für Mitglieder der Vormundschafts- und Sozialkommission. Die Ausgangslage liegt darin, dass Herr Beat Fuhri-mann von der SVP am 8. Dezember 2009 seine sofortige Demission erklärt hat und die Ersatzwahl ab sofort, bis Ende 2013, vorzunehmen ist. Die SVP hat, Herrn Rudolf Du-dan. Die GPK hat das Wort.

Präsident: Keine Bemerkungen. Werden weitere Wahlvorschläge vorgebracht? Auch das ist nicht der Fall.

Präsident: **Demzufolge erkläre ich Herrn Rudolf Dudan aufgrund der Geschäftsordnung als gewählt** und wünsche ihm in seinem Amt als Mitglied der Vormund-schafts- und Sozialkommission viel Erfolg.

7 28.1700. Projekte, Motionen, Interpellationen, Initiativen

Einführung von Schulsozialarbeit; befristeter Versuch

Präsident: Eintreten ist hier aufgrund von Art. 24 der Geschäftsordnung gegeben. Es geht hier darum dass die Schulsozialarbeit mit insgesamt 100 Stellenprozenten ab 1. August 2010 für eine Versuchsdauer von 3 Jahren gestützt auf die Vorgaben des De-tailkonzeptes eingeführt werden soll. Über die definitive Einführung wird dieser Rat im Frühling 2013 zu entscheiden haben. Hat hier die GPK Bemerkungen? Beat Waldmei-er bitte.

Beat Waldmeier; GPK: Werter Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben vier Bemerkungen. Erstens, die Anbindung der Schulsozialarbeit an die Gesamtschul-leitungskonferenz wird ein bisschen schwierig, da es dieses Gremium noch nicht gibt. Wir bitten hier den Gemeinderat dies anders zu lösen. Zweitens, weshalb werden die Lehrpersonen im Weg der Meldepflicht nicht erwähnt, Seite 10, Abschnitt zwei, ist dies zu finden. Dritter Punkt, wie gedenkt man die drei Pflichtsitzungen durchzusetzen, wel-che auf Seite 9, Stichwort Freiwilligkeit, dritter Abschnitt erwähnt sind? Viertens, die Aussage der Finanzkommission, dass es sich bei der Einführung von Schulsozialarbeit um eine Gemeindeaufgabe handelt, welche dauernde finanzielle Mittel bindet stimmt nicht. Es handelt sich nämlich noch um einen Versuch also kann dies nicht eine dau-ernde finanzielle Aufgabe sein. Das wäre alles.

Präsident: Besten Dank. Der Gemeinderat hat das Wort.

Sabine Huber, Gemeinderätin: Herr Präsident, liebe Ratsmitglieder, werte Gäste. Ich nehme zuerst zu den Bemerkungen der GPK Stellung. Die erste Frage, Gesamtschulleitungskonferenz. Die Schullsozialarbeit wird auf das neue Schuljahr eingeführt. Dies würde bedeuten auf den 1. August. Das Schulreglement sollte auf den gleichen Zeitpunkt in Kraft treten. Wenn die Gesamtschulleitungskonferenz nicht in dieser Form im Schulreglement verankert würde, wäre dies für das Organigramm nicht tragisch. Denn entweder wäre die bisherige Behörde zuständig, dann würde die Schulkommission oder das Gremium, welches dann durch das Schulreglement bestimmt wird, zuständig sein. Also, die Schulsozialarbeit scheitert nicht an diesem Gremium welches über Ihr steht. Der Punkt zwei, die Freiwilligkeit, wie wollen wir diese durchsetzen? Hier kann man vom Volksschulgesetz den Artikel 28 zu Hilfe ziehen, dort werden Disziplin und Massnahmen thematisiert. Dort steht, dass die Schule für einen geordneten Schulbetrieb einzustehen hat. Weiter steht geschrieben, die Schülerinnen und Schüler haben die Anordnungen der Lehrerschaft und der Schulbehörde zu befolgen. Absatz 2, die Lehrerschaft ist ermächtigt gegenüber fehlbaren Schülerinnen und Schülern diejenigen Massnahmen zu ergreifen, welche für die Aufrechterhaltung vom geordneten Schulbetrieb nötig sind. An sich reicht dies als Grundlage. Wenn ein Schüler tatsächlich nicht will, dann wird es in einem solchen Fall wahrscheinlich sein, dass der Lehrer andere Massnahmen vorschlägt. Es würde dann wahrscheinlich in Richtung Gefährungsmeldung gehen. Ich denke die Schüler werden ganz gerne freiwillig den 3 Sitzungen der Schulsozialarbeit beiwohnen. Diese finden auch nicht ausserhalb des Schulbetriebes statt, also nicht in der unterrichtsfreien Zeit, dann hätten wir tatsächlich ein Problem, viele gegen Ihren Willen zu verpflichten. Der andere Punkt der GPK, warum sind die Lehrpersonen in der Meldepflicht nicht erwähnt. Wenn man es auf der Seite 10 genau betrachtet ist wohl der Artikel 61 des Volksschulgesetzes erwähnt. In diesem Artikel sind die Lehrkräfte und Ihre Aufsichtsbehörden erwähnt. Dies genügt als Grundlage. Weiter oben steht geschrieben, dass bei Problemsituationen der Schulsozialarbeiter die Lage mit dem Vorgesetzten usw. bespricht. Vorgesetzter des Schulsozialarbeitenden wäre nach unserer Organisation höchswahrscheinlich jemand aus der Schulleitung, der für diese Aufgabe bestimmt würde, und dieser wäre auch die Ansprechperson der Lehrpersonen. Lehrpersonen werden in der Regel, Ihre Beobachtungen und Anträge Richtung Schulsozialarbeit und Sozialdienste weitergeben. Umgekehrt gibt es aber keine zwingende Meldepflicht. Der letzte Punkt, betreffend Aussage der Finanzkommission. Diese Aussage stammt ausschliesslich von der Finanzkommission. Offenbar hat die Finanzkommission die Schulsozialarbeit definitiv schon verinnerlicht. Ja, liebe Kolleginnen und Kollegen, vor einem Jahr haben wir vom Parlament den Auftrag erhalten, auf der Basis des Grobkonzeptes das Detailkonzept für eine dreijährige Versuchphase mit Schulsozialarbeit auszuarbeiten. Es geht heute also nicht darum noch einmal über Sinn und Notwendigkeit von Schulsozialarbeit zu diskutieren. Ihr habt der Initiative mit grossem Mehr zugestimmt und wer A gesagt hat, muss konsequenterweise heute auch B sagen. Die eingesetzte Arbeitsgruppe hat für das Ausarbeiten des Detailkonzeptes nicht versucht das Rad neu zu erfinden. Sie hat sich einerseits auf das Grobkonzept für Zollikofen gestützt. Andererseits auf den kantonalen Leitfaden, aber auch auf das gültige Konzept der Gemeinde Münchenbuchsee, welche die Schulsozialarbeit bereits eine Weile vor der Gemeinde Zollikofen eingeführt hat. Wichtig war es uns die Zuständigkeiten der strategischen und operativen Ebene klar und nachvollziehbar zu trennen. Die Aufgaben aller Beteiligten sind im Konzept detailliert aufgelistet. Näher eingehen möchte ich auf zwei Punkte. Der Antrag lautet auf insgesamt 100 Stellenprozent wie es auch im Grobkonzept vorgesehen war. 90 Prozent davon sind für die effektive Schulsozialarbeit bestimmt, die Arbeitsgruppe ist nämlich zum Schluss gekommen, und der Gemeinderat hat dies nicht bestritten, dass die 90 Prozent für insgesamt knapp 1000 Kinder absolut notwendig sind, wenn die erwünschte Wirkung überhaupt erzielt werden soll. Weil das Grobkonzept den Schwerpunkt mit ingerierter Schulsozialarbeit im Steinibach gesetzt hat, sind dort jetzt 40 Stellenprozent mit fixen Präsenzzeiten des Schulsozialarbeitenden vorgesehen. Das betrifft im Steinibach in-

klusive Kindergartenkinder per Ende 2009 155 Kinder. Für diese Anzahl Kinder würde der Kanton allerdings maximal 25 Stellenprozente empfehlen. Andererseits müssten wir, auch gemäss Kanton, die ambulante Schulsozialarbeit für unsere übrigen 805 Kinder mit 80 Stellenprozent dotieren, wir haben aber nur noch 50 Prozent übrig. Ein gewisses Missverhältniss aufgrund der Kinderzahlen ist bei der vorliegenden Aufteilung augenfällig. Trotzdem wäre es sinnvoll den dreijährigen Versuch so zu starten, wie es im Detailkonzept vorgesehen ist, diese Vorgaben sind nicht in Stein gemeisselt, und sie dürfen es auch nicht werden. Das vierteljährliche Reporting an den Ausschuss Gesundheit mit Fall- und Problemstatistik wird wahrscheinlich relativ bald aufzeigen ob wir auf Kurs sind oder ob am Konzept gewisse Anpassungen notwendig sind. Wer dort zuständig ist, ist auch im Konzept aufgelistet. Anders als im Grobkonzept haben wir für die Leitung und Begleitung der Schulsozialarbeit statt 20 Stellenprozent nur 10 Prozent eingesetzt. Am Anfang wird dies wahrscheinlich etwas mehr Einsatz bedeuten und sich dann nach einer Startphase einpendeln. zwingend ist aber, dass Schulsozialarbeit unter einer definierten Leitung mit klarem Aufgabenkatalog stattfindet. Das Projekt ist nicht zu handhaben und es wird auch nicht zielführend sein, wenn man Schulsozialarbeitende einfach sich selber überlassen würde. Die Leitung muss aufgrund ihrer Aufgaben, welche ihr auch nachlesen könntet, unbedingt in der Schule angesiedelt sein. Die Entlohnung einer solchen definierten Spezialaufgabe muss aber ausserhalb der Schule geschehen und deshalb gehört dies in die Kostenberechnung des Projekts. Im Frühling 2013 wird der GGR darüber entscheiden, ob wir aufgrund der Erfahrungen, Schulsozialarbeit definitiv einführen wollen oder nicht. Die Evaluation muss nach knapp zwei Jahren gemacht werden, damit wir das definitive Konzept rechtzeitig festschreiben können. Der Gemeinderat ist der Meinung, dass wir den dreijährigen Versuch wagen sollten, und ich bitte euch dem zuzustimmen. Besten Dank.

Präsident: Besten Dank Sabine Huber. Das Wort ist nun offen für die Fraktionen. Anne-Lise Greber bitte.

Anne-Lise Greber-Borel, GFL: Die GFL Fraktion ist sehr zufrieden und glücklich, mit dem vorliegenden Detailkonzept. Die verantwortlichen Departemente Bildung und Soziales haben eine Arbeitsgruppe gebildet, die das Detailkonzept erarbeitet hat. Diese hat gute Arbeit geleistet. Die Zielsetzungen sind klar, die Aufgabenbereiche auch. Mit der fachlichen Begleitung der Leitung Schulsozialarbeit und der Erstellung von vierteljährlichen Reportings an den Ausschuss Gesundheit wird die Tätigkeit der Schulsozialarbeit gut eingehalten. Nach Bedürfnis können die nötigen Anpassungen schnell angebracht werden. Es ist Zeit die Umsetzungsphase einzuleiten und wir sind gespannt auf die ersten Ergebnisse der Schulsozialarbeit.

Präsident: Besten Dank, weitere Fraktionsmeinungen? Peter Bähler bitte.

Peter Bähler, SVP: Herr Präsident, geschätzte Frauen und Männer. Die Mehrheit in diesem Rat hat 25. Februar 2009 beschlossen, die Schulsozialarbeit ist wichtig, wirkt Wunder und müsse auch in Zollikofen unbedingt eingeführt werden. Die Mehrheit der SVP hat schon damals nicht A gesagt und sie wird auch heute nicht A sagen. Jetzt liegt aber der Antrag für die Umsetzung vor und wir danken der Schulkommission für die detaillierte Bearbeitung dieses Geschäftes. Uns fehlt im Bericht und Antrag ein wenig die Sichtweise der Lehrerschaft. Wir nehmen aber an, dass im Rahmen der ganzen Erarbeitung in der Kommission die Meinung eingeflossen ist und abgestimmt wurde. Ein wenig erschrocken waren wir schon, als wir festgestellt haben, dass nun eine 100% Stelle für diesen Versuch vorgesehen ist. Warum wird der Versuch nicht einfach auf ein Schulhaus konzentriert? Dies wäre viel zielgerichteter und die Kräfte würden nicht verzettelt werden. Wir stellen keinen Antrag für eine Reduktion der vorgesehenen Prozente. Weil, wir möchten in drei Jahren nicht hören, man habe zuwenig Zeit und Fälle gehabt. Sondern wir lassen es so stehen. Weil wenn wir eine 100% Stelle haben,

können wir auch 100% Ergebnisse erwarten und wenn nicht, erachten wir schon jetzt diesen Versuch als nicht erfüllt. Sicher ist dann auch das Problem, welches Andy von Frau Weber vor der Sitzung vom 25. Februar letztens Jahres gehabt hat gelöst. Das Detailkonzept beurteilen wir als brauchbar. Wir begrüssen auch, dass darin Massnahmen zur Mitarbeit aller, Schüler, Lehrer, Eltern aufgeführt sind und, dass diese auch verpflichtet werden können. Ob es durchsetzbar ist, das müssen wir nicht beurteilen uns reicht im Moment die Absicht und der Wille. Denn die Schwierigkeiten kommen dann später sicher an den Tag. Ich nehme an, dass diese beim Abschluss des Versuches auch entsprechend aufgelistet werden. Die Verweigerer könnte man dann dort vermerken. Was aber nicht sein darf, ist, dass die Schulsozialarbeit und die Schulverwaltung irgendwelche Polizeifunktionen wahrnehmen und sich als Hobbypolizei mit Vorladung und Bussen profilieren können. Das ist sicher auch nicht vorgesehen. Gemäss Beschluss, Ziffer 2, soll im Frühling 2013 über die definitive Einführung entschieden werden. Wir haben bei der Einführung des NPM festgestellt, dass bei der definitiven Beschlussfassung nicht einmal die Resultate des Versuches vorgelegen sind. Das möchten wir verhindern. Wir stellen daher den Antrag, neu, eine Ziffer 2 im Beschluss einzufügen, die lautet: Der Gemeinderat legt dem GGR im September 2012 einen Zwischenbericht über die Ergebnisse der ersten zwei Jahre des Versuches vor. Die ursprüngliche Ziffer 2 würde dann zu Ziffer 3 werden. Damit haben wir die Gewähr, dass die Ergebnisse rechtzeitig vorliegen und dass auch eine Diskussion stattfinden kann. Und das alle welche an diesem Projekt als Partner beteiligt sind, sich entsprechend äussern können, und nicht erst dann, wenn eine fix fertige Vorlage vorliegt. Die Mehrheit der SVP wird auch heute in der Schlussabstimmung diese Vorlage ablehnen. Besten Dank.

Präsident: Besten Dank, Peter Bähler. Weitere Fraktionsmeinungen sind gefragt. Thomas Ackermann bitte.

Thomas Ackermann, CVP: Herr Präsident, Werte Ratsmitglieder. Ich kann es kurz machen und bleibe deshalb am Platz. Ich habe selber Unterschriften für diese Initiative gesammelt. Somit ist es naheliegend, dass ich diesen befristeten Versuch unterstütze. Aber nicht nur ich, sondern die ganze CVP-Fraktion unterstützt diesen befristeten Versuch. Dabei ist auch nach Meinung der CVP die Prozent-Verteilung der Pensen als Startlösung zu betrachten und muss im Verlaufe des Projektes verifiziert werden. Leider gehört es noch immer zum Schulalltag, dass es immer wieder Fälle gibt, in denen die Zusammenarbeit zwischen Lehrkräften und Eltern nicht genügend gut funktioniert, um Verhaltensprobleme in Schulklassen zu lösen. Dazu gehören: stören im Unterricht, Vandalismus, "plagen" von anderen Schulkindern. Deshalb braucht es jetzt eine wirkungsvolle Schulsozialarbeit, um die sozialen Probleme im Schulalltag frühzeitig zu behandeln. So, dass anständige und willige Schulkinder nicht am Lernen gehindert werden. Die CVP-Fraktion wird diesem Geschäft zustimmen.

Präsident: Besten Dank Thomas Ackermann. Johanna Thomann bitte.

Johanna Thomann, FDP: Jetzt liegen Antrag und Bericht mit dem Detailkonzept vor. Die Vorlage entspricht dem Grobkonzept, ist zeitlich in Ordnung, und mit den 100 Stellenprozenten reif für die Umsetzung ab 1. August. Eine Rückweisung heute abend würde eine Volksabstimmung zur Folge haben und das wäre ein Kostenfaktor, welcher sicher nicht sinnvoll wäre. Zum Detailkonzept gibt es noch zu bemerken, dass das Wort Detailkonzept mit einem p geschrieben wird. Bei den Zielsetzungen und Zielgruppen steht geschrieben, dass alle Schüler und Schülerinnen aller Stufen das Angebot der Schulsozialarbeit nutzen können. Ich möchte beliebt machen, dass, dort noch ergänzt wird: (...) deren Ihre Eltern und Lehrpersonen (...). Das ist ein Punkt, welcher durch die ganze Anstellungsregelung und das ganze Detailkonzept durchgeführt werden sollte. Ob die geplante Aufteilung von 40 Prozent integrierte Schulsozialarbeit im

Steinibach und 50 Prozent ambulante Schulsozialarbeit das Wahre ist, wird bei der definitiven Einführung zu überprüfen sein. Dank geht an alle die mitgeholfen haben, das Projekt vorwärts zu bringen und in diesem Sinn dankt die FDP-Fraktion für die gute Arbeit welche heute vor uns liegt und stimmt diesem Antrag in beiden Punkten zu.

Präsident: Besten Dank. Sind weitere Fraktionsmeinungen vorhanden? Martin Kocher bitte.

Martin Kocher, SP: Auch die SP hat damals an dieser Initiative mitgearbeitet, und half auch bei der Unterschriftensammlung mit und da liegt es auf der Hand, dass wir heute abend nach wie vor zu diesem Geschäft, Schulsozialarbeit, stehen. Schulsozialarbeit ist ein niederschwelliges Angebot für Schüler und Schülerinnen und Eltern sowie Lehrkräfte und somit eine sinnvolle Sache die, dass wäre allenfalls auch einmal zu evaluieren, eventuell auch hilft an anderen Orten Kosten zu sparen und nicht nur Kosten verursacht. Leider ist es ziemlich schwierig diesen Punkt zu erfassen. Zwei kleine Anmerkungen Uns ist es wichtig, dass diese Beratungen und Gespräche, welche einen doch ziemlich persönlichen Charakter aufweisen können, wo auch mal Tränen fließen, wir hoffen aber das auch mal gelacht wird, in Räumen stattfinden können, in welchen die Privatsphäre gewahrt werden kann. Dies ist auch ein wichtiger Punkt, wenn man von Freiwilligkeit spricht, so dass die Schülerinnen und Schüler in einem guten Umfeld mit den Fachleuten sprechen können. Ein zweiter Punkt sind die 90 Stellenprozente. Diese sollen laut Detailkonzept auf einer Person lasten, damit keine Verluste durch Koordination entstehen. Ich habe mich gefragt, ob dies effektiv möglich ist, wenn man sich vorstellt, dass eine solche Person oft morgens in einer Grossen Pause ansprechbar sein muss. Eine Person kann, schlicht nur fünf mal in einer Pause sein, zwei Personen hätten hier unter Umständen mehr Möglichkeiten, da diese ihre Arbeitszeit entsprechend organisieren könnten. Und ob am Freitag abend um 17.00 Uhr noch jemand ein Gespräch möchte, auch wenn dies eine Lehrkraft ist, das ist fraglich. Das sind natürlich weiterführende Fragen welche noch der Klärung bedürfen, aber im Moment sind diese Punkte als Hinweis zu verstehen. Mich persönlich hätte noch interessiert wer in der Arbeitsgruppe mitgewirkt hat. Es ist lediglich erwähnt, welche Gremien Personen in diese Arbeitsgruppe entsandt haben. Vielleicht hätte man diese noch aufführen können. Wir stimmen dem SVP-Antrag, betreffend einer frühzeitigen Evaluation zu. Selbstverständlich stimmen wir diesem Geschäft zu. Eine letzte Frage habe ich noch. Wer wird diese Evaluation machen? Es ist ein Betrag vorgesehen, entsprechend nehme ich, dass man sich bereits darüber Gedanken gemacht hat und allenfalls schon eine geeignete Person zur Durchführung dieser Evaluation angefragt hat. Ich wäre froh, wenn die zuständige Gemeinderätin hierzu noch eine Antwort geben könnte.

Präsident: Besten Dank Martin Kocher. Weitere Fraktionsmeinungen? Das Wort wird nicht mehr ergriffen. Das Wort ist nun für alle Ratsmitglieder offen.

Annemarie Zingg, EVP: Ich habe mich gefragt, ob in dieser Arbeitsgruppe die Überlegung gemacht worden ist, dass die Sozialarbeiter auch eine persönliche Begleitung haben sollten? Ist eine Mischung zwischen Sozialpädagoge und Sozialarbeiter vorgesehen? Als ich vorhin das Wort Fallstatistik gehört habe, würde ich eher zu einer Fallsupervision tendieren, bei welcher die Sozialarbeiter entsprechende Fälle einer anderen Fachperson besprechen können.

Präsident: Besten Dank. Wird weiter noch das Wort gewünscht? Das ist nicht der Fall. Wünscht der Gemeinderat die Gelegenheit wahrzunehmen die gestellten Fragen zu beantworten?

Sabine Huber, Gemeinderätin: Die Fragen, die Annemarie Zingg gestellt hat, stehen weitestgehend im Konzept. Es gibt Supervisionen und Interventionen für die Schulsozi-

arbeitenden. Sie werden vom Leiter oder der Leiterin der Schulsozialarbeit betreut und begleitet. Es ist klar, dass man die die Schulsozialarbeitenden nicht sich selber überlässt. Für die Durchführung der Evaluation haben wir noch Niemanden ausgewählt, dies auch, da das Konzept ja auch noch nicht genehmigt ist. Wir haben aber bereits diverse Anfragen diesbezüglich erhalten, ohne dass wir diese jedoch bestellt hätten. Es gibt im Hochschulbereich genügend qualifizierte Leute, welche solch eine Aufgabe übernehmen könnten. Wir werden uns bei gegebener Zeit nach einer solch qualifizierten Fachperson umsehen. Der Ablage eines Zwischenberichtes im 2012 stehen wir positiv entgegen. Wäre die SVP allenfalls mit einer Berichterstattung im Oktober 2012 anstelle von September 2012 einverstanden? Das Schuljahr endet im Juli 2012. Wenn wir im September den Bericht vorlegen sollen, können wir über gut 1 ½ Jahre Bericht erstatten. Aber gegen eine Berichterstattung im Oktober haben wir nichts einzuwenden.

Präsident: Besten Dank Sabine Huber. Peter Bähler von der SVP bitte.

Peter Bähler; SVP: Herr Präsident, Geschätzte Damen und Herren. Ich habe aus folgendem Grund eine Zwischenberichterstattung im September 2012 verlangt. Im September 2012 steht keine Budgetverhandlung an, diese findet im Oktober statt. Das Schuljahr ist anfangs Juli beendet und somit hat man zwei Monate Zeit um diesen Bericht zu erarbeiten. Zuerst wird dieses dann im Gemeinderat behandelt. Es ist mir bewusst, dass dies in die Ferienzeit fällt. Aber jeder hat heute etwa 4 Wochen, wenn er etwas älter ist 5 Wochen Ferien. Diese Berichterstattung kann man vorbereiten, dass muss man ganz klar sehen. Dort wo ich arbeite müssen wir alle Jahre innert 14 Tagen Ende Jahr einen Bericht abliefern. Wir wissen dies jedoch zu Beginn des Jahres. Hier weiss man es auch schon zu Beginn des Jahres, also kann man dies entsprechend vorbereiten. Ich kann mit Oktober leben. Die Berichterstattung wird dann einfach im Rahmen der Budgetsitzung behandelt werden müssen. Man kann auch sagen September oder Oktober. Mir spielt dies keine Rolle. Sagen wir Oktober, dann haben wir klare Verhältnisse.

Präsident: Besten Dank Peter. Dass weitere Vorgehen sieht folgendermassen aus. Wir stimmen in einer ersten Phase über den Antrag der SVP zur Ergänzung des Antrages des Gemeinderates ab, welcher folgendermassen lautet: Der Gemeinderat legt im Oktober 2012 einen Zwischenbericht über die Ergebnisse der ersten zwei Jahre des Versuches vor. Und wenn dieser Antrag angenommen wurde, werden wir die Schlussabstimmung über den Antrag des Gemeinderates, welcher mit dem Antrag der SVP ergänzt wird, abstimmen. Wer nun den Antrag der SVP annehmen will, soll dies mit Handheben bezeugen.

Abstimmung Ergänzungsantrag SVP:

Der Rat beschliesst grossmehrheitlich:

- **Den Ergänzungsantrag der SVP mit folgendem Wortlaut: "Der Gemeinderat legt dem GGR im Oktober 2012 einen Zwischenbericht über die Ergebnisse der ersten zwei Jahre des Versuches vor.", als Ziffer 2 in den Antrag des Gemeinderates zu integrieren (die bisherige Ziffer 2 wird zu Ziffer 3).**

Präsident: Der Zusatzantrag wurde angenommen, somit kommen wir zur Abstimmung über den ergänzten Antrag des Gemeinderates.

Abstimmung:

Der Rat beschliesst mehrheitlich:

-
1. Die Einführung von Schulsozialarbeit mit insgesamt 100 Stellenprozenten ab 1. August 2010 im Rahmen des vorliegenden Detailkonzepts für eine Versuchsdauer von 3 Jahren zu bewilligen.
 2. Der Gemeinderat legt dem GGR im Oktober 2012 einen Zwischenbericht über die Ergebnisse der ersten zwei Jahre des Versuches vor.
 3. Der Grosse Gemeinderat entscheidet im Frühjahr 2013 über die definitive Einführung.
-

8 32.111. Meielen Süd

Meielen Süd; Landverkauf an Proverit Glas Holding AG

Präsident: Ist das Eintreten auf dieses Geschäft bestritten? Ist nicht der Fall dann möchte ich die GPK anfragen ob sie Bemerkungen dazu hat?

Peter Bähler, GPK: Herr Präsident, wir haben eine ganz kurze Bemerkung. Der Verkaufspreis von Fr. 250.00 plus 30.00 basiert auf einem GGR-Entscheid aus dem Jahr 2000. Darum wurde dieser Preis auch so festgelegt. Der Rückkaufvertrag bzw. das Vorkaufsrecht läuft 4 Jahre und endet am 31.12.2014. Alle Verträge im Gebiet Meielen Süd wurden auf dieses Datum hin abgeschlossen, so auch dieser.

Präsident: Besten Dank. Der Gemeinderat ist gefragt. Keine Bemerkungen. Dann möchte ich das Wort für die Fraktionen öffnen.

Präsident: Keine Bemerkungen der Fraktionen. Die Diskussion ist für alle Ratsmitglieder offen. Auch hier keine Bemerkungen. Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung:

Der Rat beschliesst grossmehrheitlich:

1. Dem Verkauf der Parzelle 2220, Meielen Süd, an die Firma Proverit Glas Holding AG, Zollikofen, zum Betrag von Fr. 318'080.00 wird zugestimmt.
 2. Der Gemeinderat wird ermächtigt, den entsprechenden Vertrag abzuschliessen.
 3. Der aus dem Verkauf der Landparzelle resultierende Buchgewinn ist für zusätzliche Abschreibungen im Rechnungsjahr der Realisierung zu verwenden. Der notwendige Nachkredit für die zusätzlichen Abschreibungen zu Lasten der Laufenden Rechnung (Konto 990.332.01, Übrige Abschreibungen Verwaltungsvermögen) wird hiermit bewilligt.
-

9 1.92. Parlamentarische Vorstösse

Motion Mirjam Veglio und Mitunterzeichnende betreffend Signalisation wichtiger öffentlicher Verkehrspunkte; Erheblich-erklärung

Präsident: Die Antwort des Gemeinderates liegt schriftlich vor. Die Motionärin hat das Wort.

Miriam Veglio, SP: Herr Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen. Wie komme ich zu diesem Vorstoss? Ich bin regelmässig zu Fuss in der Gemeinde unterwegs und bin schon oft von Automobilisten, welche etwas in der Gemeinde gesucht haben, nach dem Weg gefragt worden. Es war immer im Bereich Schulhausstrasse, Landgarbenstrasse oder Wahlackerstrasse. Das Interessante war, dass das gesuchte Ziel immer die Sportanlage Geisshubel war. Das machte mich ein wenig stutzig. Ich fragte mich, weshalb werde ich dauernd nach der Sportanlage Geisshubel gefragt. Der Weg dorthin ist doch ausgeschildert. Ich wollte es nun selber wissen und machte mich auf den Weg, um die Beschilderung zur Schulanlage zu überprüfen. Ich habe viele Schilder in den unterschiedlichsten Farben entdeckt. Wir haben eine Vielfalt an Schildern in dieser Gemeinde. Effektiv sind die wichtigen Verkerspunkte wie Verwaltung, Kirche usw. gut signalisiert, da stimme ich zu. Richtig erkannt wurde auch der fehlende Hinweis zum Tennisplatz. Dieser soll gemäss Bericht und Antrag noch angebracht werden, dies finde ich sehr lobenswert. Ich glaube, das freut auch unseren Parlamentspräsidenten. Wer heute den Bund gelesen hat, weiss, dass Andreas Byland gerne Tennis spielt. Wenn ich aber die Sportanlage Geisshubel als Beispiel nehme, dann bin ich mit der Meinung, dass die bestehende Signalisation ihren Zweck erfüllt, nicht einverstanden. Sie funktioniert nämlich nur zur Hälfte. Genau genommen, wenn die Suchenden von Norden kommen, also von Mooseedorf oder Münchenbuchsee dann kommen sie zum Kirchlindachkreisel und sehen sofort das entsprechende Schild und werden richtig weitergeleitet. Hier besteht kein Problem. Der Haken ist aber, wenn die Suchenden von Süden kommen, von Worblaufen oder Bern, dann braucht es Geduld. Bei der Dorfeinfahrt ist noch kein Schild zu sehen. Das ist vermutlich nichts aussergewöhnliches. Beim Bärenkreisel ist auch kein Schild zu sehen. Spätestens hier kommt bei den Automobilisten wohl der Gedanke auf: Bin ich hier noch richtig? Beim Kreuzkreisel ist immer noch kein Schild zu sehen, dann wird die Mehrzahl wohl abbiegen. Dies ist leider falsch. Würden Sie nämlich weiterfahren, bis fast aus dem Dorf hinaus, würden Sie beim Kirchlindachkreisel das gesuchte Schild finden. Nun, verstehen Sie mich nicht falsch, ich will nicht das Verkehr durch die Quartiere geführt wird. Weder durch die Schulhausstrasse noch durch Wahlackerstrasse. Dass ist nicht in meinem und auch nicht im Sinn der SP. Aber ein Schild beim Bären- und Kreuzkreisel Richtung Norden eben zu diesem Kirchlindachkreisel, würde diesen Verkehr effektiv leiten. Dass, das heute nicht, oder zumindest teilweise nicht der Fall ist, zeigen mir die Leute, welche mich nach dem Weg fragen. Diese irren in unserer Gemeinde herum, was zwar die Ortskenntnis erhöht, aber sicher nicht wünschenswert ist. Ich habe noch ein zweites Beispiel, das ist ganz aktuell, das beinhaltet das Sportzentrum Hirzenfeld. Bald schon sind wir beteiligt an dieser Anlage was sehr schön ist. Ich begrüsse das. Aber wir müssen doch gleichzeitig ein Interesse haben, dass möglichst viele Leute diese Anlage nutzen, dies erhöht den Deckungsbeitrag und freut sicher auch den Finanzverwalter Daniel Bichsel. *Daniel Bichsel nimmt als Zuschauer an den Verhandlungen teil.* Voraussetzung dafür ist, man muss wissen dass es diese Anlage gibt. Und man muss diese dann auch finden. Auf unserem Gemeindegebiet ist ein einziger Wegweiser zu finden. Hierzu muss man sich zum Kreisel Alpenstrasse begeben. Dort findet man ein braunes Schild, welches dann den Weg zum Hirzenfeld weist. In diesem Fall muss man aber wissen wo suchen. Ich frage mich, ob ein Schild in der gleichen oder einer anderen Farbe an der Bernstrasse nicht auch seine Wirkung entfalten würde. Ein effektvoller Hinweis auf das Hirzenfeld wäre gleichzeitig auch eine gute Werbung für dieses. Auf der Bernstrasse bewegen sich täglich tausende von Automobilisten und würden sich allenfalls beim Anblick des Schildes überlegen, dem Hirzenfeld einen Besuch abzustatten. Ich fände dies sinnvoll. Ich weiss, die Signalisation ist nicht im Zuständig-

keitsbereich des GGR und trotzdem sehe ich ein gewisses Verbesserungspotential. Ich akzeptiere selbstverständlich diese Zuständigkeiten und bin bereit diese Motion in ein Postulat umzuwandeln. Ich bitte euch dieses Postulat zu unterstützen aber nicht gleichzeitig abzuschreiben, weil aus meiner Sicht, wie vorhin erklärt, Verbesserungspotential besteht. Es sollte hier ein Auftrag an die Verwaltung erfolgen. Besten Dank.

Präsident: Besten Dank Mirjam Veglio. Der Gemeinderat hat das Wort.

Edgar Westphale, Gemeinderat: Als ich und die Bereichsleiterin diese Motion gelesen haben, kamen wir zum Schluss dies sei eine gute Idee, welche wir durchaus als unterstützungswürdig befanden. Am nächsten Rapport der Gemeindepolizei haben wir die Motion vorgestellt. Die beiden Gemeindepolizisten fanden, dass eine solche Beschilderung wie in der Motion gefordert wird, bereits besteht. Wir haben Sie beauftragt nachzuprüfen ob die Signalisation wirklich ausreichend sei. Die Fotos welche ihr im Bericht findet sind das Resultat dieses Auftrages. Auf diese Weise konnten wir dokumentieren was bereits alles beschildert ist. In der Zwischenzeit, als die Gemeindepolizisten den Auftrag ausführten, haben wir uns damit auseinandergesetzt, was im Bereich der Beschilderung möglich ist und was nicht. Ein spezielles Augenmerk haben wir dabei auf die braunen Schilder gelegt. Hier haben wir uns gefragt, können wir diese überhaupt einsetzen? Wir haben dann festgestellt, dass braune Schilder grundsätzlich nur in touristischen Regionen, für bedeutende Ortschaften und Kulturstätten eingesetzt werden können. Warum die Sportanlage Hirzenfeld braun ausgeschildert ist, entzieht sich unserer Kenntnis. Ich denke da war ein früherer Bereichsleiter wohl sehr kreativ und hat ein braunes Schild gewählt. Heute würde ein braunes Schild für das Hirzenfeld sicher nicht mehr bewilligt werden. Sobald das braune Schild witterungsbedingte Schäden aufweist, werden wir dieses durch ein normales Schild ersetzen. Als die Gemeindepolizisten ihren Auftrag ausgeführt hatten, haben sie zwei Sachen festgestellt. Einerseits das fehlende Schild bezüglich Tennisplatz, wir werden dieses selbstverständlich noch anbringen. Ob das wirklich notwendig ist, kann ich nicht richtig beurteilen. Wenn man die Homepage des Tennisplatzes betrachtet, findet man die Wegbeschreibung bzw. den Anfahrtsplan nicht auf Anhieb. Es kann sich also nicht um ein akutes Problem des Tennisclubs handeln, andererseits hätten sie den Plan an eine prominentere Stelle auf der Homepage gesetzt. Nichtsdestotrotz wir werden dieses Schild anbringen. Bezüglich Mehrzweckhallen bestand der Vorschlag, dass man beim Bärenkreisel ein entsprechendes Signal anbringen würde. Meine Meinung war, dass man hier kein Signal anbringen sollte. Ich habe es so empfunden, dass wenn ich etwas suche, dann fahre ich bis ich das entsprechende Schild gefunden habe. Darum ist für mich logisch, dass ich durch ganz Zollikofen fahren würde, bis ich kurz vor dem Bahnhof das Signal sehe, welches mir dann den Weg weisen würde. Aber wenn hier im Rat die Meinung vorherrscht, dass ein solches Signal notwendig sei, dann sind wir diesem Vorschlag gegenüber sicher offen und werden ein entsprechendes Schild anbringen. Schilder sind generell dazu da um den Weg zu weisen und sollten nicht den Automobilisten ablenken. Zu viele Schilder könnten auch kontraproduktiv sein. In dieser Sache sind wir wie bereits erwähnt offen. Die Beschilderung des Hirzenfeldes beim SBB-Kreisel erachten wir auch als eine Möglichkeit. Wir verschliessen uns hier ganz und gar nicht gegen diese Variante.

Präsident: Besten Dank Edgar Westphale. Dann schreiten wir zur Abstimmung über diesen Vorstoss. Wir haben von der Motionärin gehört, dass sie bereit ist diesen in ein Postulat umzuwandeln. Wir würden so vorgehen, dass wir zuerst über die Erheblichkeitserklärung des Postulat befinden würden, wenn es erheblich erklärt wird, die Postulantin ist gegen eine sofortige Abschreibung, über eine allfällige Abschreibung abstimmen.

Abstimmung:

1. **Das Postulat Mirjam Veglio und Mitunterzeichnende betreffend Signalisation wichtiger öffentlicher Verkehrspunkte wird mehrheitlich erheblich erklärt.**
 2. **Das Postulat wird nicht abgeschrieben.**
-

10 1.92. Parlamentarische Vorstösse

Motion Elisabeth Wendelspiess und Mitunterzeichnende betreffend umgehende Regulierung des Durchgangsverkehrs auf der Bernstrasse mittels Pfortneranlagen; Erheblicherklärung

Präsident: Die Antwort des Gemeinderates ist euch mittels Sitzungsunterlagen zugestellt worden. Darf ich die Motionärin bitten.

Elisabeth Wendelspiess, SP: Liebe Anwesende. Am 27. Mai 2009 habe ich die Motion zur umgehenden Regulierung des Durchgangsverkehrs auf der Bernstrasse mittels Pfortneranlagen eingereicht. Grundidee, dazu war, den Gemeinderat damit aufzufordern, endlich die in der Korridorstudie Bern-Nord aufgezeigten Pfortneranlage zu realisieren. Die von 60 Prozent der Bevölkerung von Zollikofen befürwortete Massnahme hat primär den Zweck, an den Ortseingängen von Zollikofen den Verkehr zu stabilisieren und dann zugunsten der öffentlichen Verkehrsmittel zu verflüssigen. Die Buslinien 36 und 34 werden dadurch besonders in den Stosszeiten wieder pünktlich nach Fahrplan fahren, müssen nicht im Stau stehen, und garantieren so Anschlüsse an das gesamte ÖV-Netz in Zollikofen und Worblaufen. Der motorisierte Individualverkehr wird mittels Pfortneranlagen in den Ortseingängen dosiert und es wird nur noch soviel Verkehr ins Zentrum gelassen, wie ohne Stau erträglich ist. Wer die Bernstrasse als reine Durchfahrtsstrasse benutzt wird indirekt angehalten einen anderen schnelleren Weg zu benutzen. Den Anwohnerinnen und Anwohnern von Zollikofen, den Velofahrern und den Fussgängern, soll diese Massnahme eine Verkehrsentlastung bringen und schlussendlich auch die Luft- und Lebensqualität steigern. Mit Freude habe ich in der Stellungnahme der RVK 4 zu meiner Motion gelesen, dass sie die Stossrichtung dieser Motion unterstützt, ja sogar der Gemeinde empfiehlt, meine Anliegen, ich zitiere: "In eine Gesamtstrategie zu stellen und im Rahmen der Arbeitsgruppe Korridor Nord die Arbeiten eng mit den Nachbargemeinden und dem Kanton zu koordinieren." Das war eigentlich genau meine Absicht und ich unterstütze, dass der Gemeinderat gewillt ist, ich zitiere: "Alles in die Wege zu leiten, damit das Gesamtpaket realisiert werden kann." Ebenso bin ich, wie der Gemeinderat, der Meinung, dass diese Pfortneranlagen unabhängig des Entscheides betreffend dem kantonale Pilotprojekt Verkehrsmanagement realisiert werden können. Aus diesen Gründen, sowie den formellen Kompetenzvorgaben, bin ich bereit meine Motion in ein Postulat umzuwandeln. Ich fordere euch deshalb gerne auf die eingereichte Motion als Postulat erheblich zu erklären. Den Gemeinderat fordere ich auf die Umsetzung der verlangten Massnahmen umgehend anzugehen. Insbesondere das Parlament über den zeitlichen wie auch sachlichen konkreten Umsetzungsplan ins Bild zu setzen. Sich weiterhin und mit verstärktem Druck beim Kanton für die Pfortneranlagen wie auch für das Gesamtpaket und die Koordination davon mit den betroffenen Gemeinden einzusetzen. Das ist ein ureigenes Anliegen von Zollikofen. Es ist also nicht so, dass nur Massnahmen auf dem Territorium von anderen Gemeinden verlangt werden. Der Begriff Koordination verlangt nämlich, dass sich Mehrere zusammen absprechen um zu einem Ziel zu kommen. Das ist umso wichtiger, als sich aus der heutigen gemeinderätlichen Antwort zur Interpellation Mirjam Veglio

betreffend die flankierende Massnahmen für Zollikofen ergibt, dass diese Pfortneranlagen für die Verkehrsdossierung während der Sanierung von 2010 bis 2012 nicht realisiert werden können. Hier zeigt sich der dringende Handlungsbedarf noch einmal ganz konkret. Ich danke euch für die wohlwollende Unterstützung.

Präsident: Besten Dank Elisabeth Wendelspiess. Der Gemeinderat hat das Wort.

Stefan Funk, Gemeindepräsident: Herr Präsident, liebe Frauen und Männer. Ich muss, denke ich nicht mehr viel sagen, nachdem Frau Wendelspiess einverstanden ist ihre Motion in ein Postulat umzuwandeln, weil dies in der Kompetenz des Gemeinderates und des Kantons liegt. Nur, es ist nicht einfach das alles zu realisieren, da nicht geplant ist die Pfortneranlagen auf dem Boden von Zollikofen zu erstellen, sondern auf dem Gebiet der Gemeinden Ittigen und Münchenbuchsee. Das muss man klar sehen. Noch eine Bemerkung zur Interpellation von Mirjam Veglio. Was in dieser Beziehung erreicht worden ist bzw. die Massnahmen die umgesetzt worden sind, sind auf Ersuchen der Gemeinde Zollikofen zustande gekommen. Wir haben mit anderen Gemeinde die Federführung inne gehabt und konnten entsprechenden Druck auf den Kanton ausüben. Dies gilt auch in bezug auf die Busspuren. Der Gemeinderat empfiehlt euch diese Motion in ein Postulat umzuwandeln. Besten Dank.

Präsident: Besten Dank Stefan Funk. Wird bei diesem Vorstoss von den Ratsmitgliedern das Wort gewünscht? Peter Bähler bitte.

Peter Bähler, SVP: Herr Präsident, geschätzte Damen und Herren. Die Eingabe basiert auf der Korridorstudie Nord vom Kanton, welche unter der Leitung der RVK erarbeitet worden ist. Bernstrasse und Kirchlindachstrasse fallen gemäss Strassengesetz Art. 11, in Anwendung von Art. 38 und 39, in die Zuständigkeiten des Kantons. Die beiden Grundstücke, auf welchen die Pfortneranlagen erstellt werden sollen, befinden sich nicht auf dem Gebiet der Gemeinde Zollikofen. Der richtige Weg wäre wohl eine entsprechende Motion an die neue Regionalkonferenz Verkehr zu richten. Dort sind aber die Zuständigkeiten und Abläufe noch nicht genau geregelt, wie auch bei uns gemeindeintern auch noch nicht. Hierzu ist auch noch ein entsprechender Vorstoss hängig. Ich habe euch hier punkto Verkehr eine kleine Tabelle zusammengestellt. Darauf sieht man die Zahlen des durchschnittlichen täglichen Verkehrs. Die schwarze Kurve stellt die Bernstrasse im Bereich der Bäckerei Leuenberger dar. Wir haben noch die gelbe Linie, welche die Strasse von Mooseedorf her in den Münchenbuchsee-Wald führt, wo die Zählstellen positioniert sind. Das sind Zahlen gemäss schweizerischer Strassenverkehrsählung des Bundes, aus dem Departement Leuenberger. Ihr könnt erkennen, dass ständig Verschiebungen im 5-Jahres-Rhythmus stattfinden. Man kann auch erkennen, dass der Ausbau des Grauholzes, welcher im Jahr 2000 in Angriff genommen wurde gewisse Verkehrsumlagerungen verursacht hat, welche anschliessend wieder zurückgeflossen sind. Aber der Ast der Bernstrasse hat praktisch immer das gleiche Verkehrsaufkommen. DTV im Bereich von rund 18'000 Fahrzeugen. Dieser ist gleich, weil die Strasse an Ihrer Kapazitätsgrenze angekommen ist. Es kann kein zusätzlicher Verkehr mehr bewältigt werden. Man könnte sagen, wir haben schon heute eine natürliche Dosierung, durch die Ampeln. Die Motion basiert auf der kindlichen Annahme, dass alle Automobilisten von Münchenbuchsee und Mooseedorf durch Zollikofen nach Bern fahren. Wer sich auch nur ansatzweise mit Verkehrsplanung auseinandersetzt weiss, dass dies falsch ist. Ungefähr 70 Prozent des Verkehrs, welcher sich auf der Bernstrasse bewegt, ist Ziel- und Quellverkehr von Zollikofen. Unsere Bürgerinnen und Bürger, Personen welche hier arbeiten und einkaufen, zum Arzt oder in die Schule gehen. Wenn wir nun einen sogenannten künstlichen Stau verursachen, dann entstehen auf der Bernstrasse Abgase, ohne dass sich die Fahrzeuge aber weiterbewegen. Diejenige welche in das Zentrum von Zollikofen hinein müssen haben keine Alternative. Sie müs-

sen auf die Bernstrasse. Hinzu kommt noch, dass wir den Stau einfach ändern zumuten. Nämlich der Gemeinde Münchenbuchsee und Ittigen. Im Rahmen der flankierenden Massnahmen Stadttangente wird anfangs März die Busbevorzugung beim McDonalds-Kreisel in Betrieb gehen. Das wird ganz automatisch eine gewisse Dosierwirkung erzeugen. Die andere Seite im Bereich Steinibach. dort ist bereits heute eine Ampel installiert, welche eine bestimmte Kapazität vorgibt. Beim Kreisel funktioniert die Ampel teilweise nicht richtig und gibt bereits früh an, dass sich in Zollikofen ein Stau bildet. Dies ist ersichtlich wenn man von Bern kommt. Das ist ein Teil einer Pförtneranlage. Man kann diese im Moment noch nicht über den Zentralrechner der Stadt Bern steuern. Es ist bezüglich der Pförtneranlagen alles vorbereitet. Eigentlich müssten wir dies hier nicht behandeln. Die Umsetzung ist vorgegeben und wir hoffen stark, und jetzt spreche ich als Mitarbeiter des Tiefbauamtes, dass in der Budget-Debatte nicht wieder etwas gekürzt wird in diesem Bereich, denn es könnte dann etwas sein, das dann in diesem Bereich nicht realisiert wird. Im Weiteren wurde vor rund 15 Jahren, unter der Führung der SP Zollikofen, das damalige Projekt bekämpft, welches eine Möglichkeit geboten hätte, den Durchgangsverkehr in Zollikofen zu minimieren. Damit hätte man den Durchgangsverkehr effektiv aus Zollikofen verbannen können. Man kann erkennen, dass wir für dieses Projekt eigentlich nicht zuständig sind in Zollikofen. Auch wenn die Motion nun in ein Postulat umgewandelt wird, sind wir der Meinung, dass wir nicht einfach ein Postulat annehmen müssen, welches auf anderen Gemeindegebieten Einfluss nehmen sollte. Dann in einer Schublade verschwindet und alle Jahre im Verwaltungsbericht als nicht erledigt aufgeführt wird. Darum lehnen wir auch das Postulat ab. Besten Dank.

Präsident: Besten Dank Peter Bähler. Weitere Ratsmeinungen? Das Wort wird nicht mehr verlangt. Wir gelangen zur Abstimmung.

Abstimmung:

Die Postulat Elisabeth Wendelspiess und Mitunterzeichnende betreffend umgehende Regulierung des Durchgangsverkehrs auf der Bernstrasse mittels Pförtneranlagen wird mehrheitlich nicht erheblich erklärt.

11 1.92. Parlamentarische Vorstösse

Postulat Anne-Lise Greber-Borel und Mitunterzeichnende betreffend Vermeidung unnötiger Strahlenbelastung in den Schulhäusern; Erheblicherklärung

Präsident: Ihr habt die Antwort des Gemeinderates auf das Postulat ebenfalls in Schriftform vorliegen. Darf ich die Postulantin bitten, eine Erklärung abzugeben.

Anne-Lise Greber-Borel, GFL: Herr Präsident, werte Anwesende. Ich danke dem Gemeinderat für seine Antwort. Dazu vorab ein paar allgemeine Bemerkungen. Dass ein Ersatz der Informatikausrüstung notwendig war, ist nicht bestritten. Dass die Gesundheit unserer Kinder wichtig ist, ist auch nicht bestritten. Es stimmt aber nicht, dass der Grosse Gemeinderat seiner Zeit der Einrichtung von drahtlosen Netzwerken im Bewusstsein aller Vor- und Nachteile zugestimmt hat. Die Verantwortlichen der Primarstufe wurden dabei von einer Fachfirma beraten und das Plankonzept wurde dem Gemeinderat und dem Grossen Gemeinderat unterbreitet. Laut Protokoll wurde die Problematik der Strahlenbelastung damals aber weder im Antrag an den GGR noch in der GGR-Debatte thematisiert. Der Kanton und viele Gemeinden haben die Problematik

der Strahlenbelastung erkannt und schlagen alternative Systeme vor. Auch für Zollikofen ist es wichtig, der Gesundheit der Kinder in Zukunft besser Rechnung zu tragen und tragbare Lösungen vorzuschlagen. Zu Ziffer 1. Aufgrund der späten Behandlung des Postulats ist es offensichtlich zu spät, Änderungen in die Auftragsvergabe einzubringen. Ich bedaure das. Ich stelle jedoch mit Zufriedenheit fest, dass die bisher vorhandenen Computer, welche mittels Kabel angeschlossen sind, nicht in den Plan integriert werden. Da es keine Möglichkeit gibt, diesen Punkt im Rahmen eines Postulates umzusetzen, ziehe ich diesen Punkt zurück und verzichte auf die Abstimmung. Zur Ziffer 2. Wir nehmen gerne zur Kenntnis, dass sich der Gemeinderat bei den nächsten Erneuerungen der Informatikausrüstung rechtzeitig überlegen wird, wie den Vorstellungen der Postulantin entsprochen werden kann. Meiner Meinung nach gibt es aber auch und vor allem abzuklären, wie die Empfehlungen der Erziehungsdirektion zu Infrastruktur und Informatikausrüstung in diesem Bereich umgesetzt werden können. Im Rahmen dieses Vorgehens wäre es nützlich, sich von den Erfahrungen der Gemeinden die eine kabelvernetzte oder teil-kabelvernetzte Lösung eingeführt haben, inspirieren zu lassen. Zum Beispiel Bern, Münchenbuchsee oder Jegenstorf. In diesem Sinn ist es wichtig den Gemeinderat in der Prüfung von Alternativen im Bereich von drahtgebundenen Netzwerken zu unterstützen und Ziffer 2 für erheblich zu erklären. Was die Ziffer 3 anbelangt, gilt es das Folgende zu sagen. Der Gemeinderat vertritt die Meinung, dass es nicht seine Sache ist, die Jugend von heute auf die Problematik von gesundheitsgefährdenden Strahlungen wie WLAN oder Handys zu sensibilisieren. Klar, niemand wird von ihm verlangen, persönlich in den Schulen aufzutreten um über gesundheitsgefährdende Strahlungen zu referieren. Bei Handy-Bestrahlung oder Bildschirm-Bestrahlung zum Beispiel, ist die Strahlenbelastung eine gesundheitspolitische Frage. Der Gemeinderat irrt sich aber gewaltig wenn er meint sich vom Thema Gesundheitspolitik dispensieren zu können. Es muss ihn interessieren ob und wie die zuständigen Stellen in der Gemeinde mit dem Thema umgehen. Was machen die Schulen, wie geht die Gesundheitsförderung mit dem Problem um? Wie kann die Gemeinde laufende Bestrebungen unterstützen? Ich bin von der Antwort des Gemeinderates alles andere als befriedigt. Er hat in diesem Punkt seinen Auftrag nicht ernst genommen. Geben wir ihm Gelegenheit noch einmal hinter die Bücher zu gehen und erklären wir den dritten Punkt des Postulats erheblich.

Präsident: Besten Dank. Der Gemeinderat hat das Wort. Das Wort wird nicht ergriffen. Nun haben die Ratsmitglieder Gelegenheit sich zu äussern. Die zuständige Gemeinderätin möchte etwas sagen.

Sabine Huber, Gemeinderätin: Herr Präsident, liebe Ratskolleginnen und Ratskollegen. Der Punkt 1 wurde zurückgezogen. Das ist in Ordnung. Ich bin aber nicht ganz einverstanden mit der Begründung, dass die lange Bearbeitungszeit des Postulats dazu geführt hat. Das stimmt so nicht. Ich habe damals, als dieses Geschäft behandelt worden ist nicht opponiert. Wieso nicht? Weil es nicht sinnvoll gewesen wäre. Auch konkrete Vorschläge, sogar wenn es konkrete Anträge gewesen wären, hätten an diesem Geschäft wie es vorgelegen ist und dieser detaillierten Kostenschätzung und Auflistung von Beträgen nichts ändern können. Der einzige gangbare Weg wäre damals gewesen eine Rückweisung des Geschäftes zu verlangen, verbunden mit dem Auftrag, zusätzlich eine Alternative mit verkabelter Informatik aufzuzeigen. Aber es ist selbstverständlich nicht die Aufgabe des Gemeinderates die Parlamentsmitglieder darauf aufmerksam zu machen welches der richtige Weg wäre. Punkte zwei. Es ist ja nicht so, dass wir dieses mal nichts gedacht haben in der Arbeitsgruppe Informatik. Aufgrund dessen, dass das Parlament vor ein paar Jahren gesagt hat, wir setzen auf WLAN, wäre es nicht sinnvoll gewesen dies bereits jetzt wieder zu ändern. Hinzu kam die gewünschte Flexibilität innerhalb der Schule. Es können mehr Schüler diese Access Points nützen, als wenn wir verkabelte Computer benützen würden. Und mit dieser Strahlung verhält es sich ja folgendermassen. Die Empfehlungen der kantonalen Stellen sind weithend

bereits Makulatur. Der Gemeinderat und die Arbeitsgruppe Informatik werden sicher bei der nächsten Anschaffung ohnehin über beide Möglichkeiten nachdenken müssen. In Anbetracht auch der Kostenfolge. Und dass hätte bereits jetzt mehrere hunderttausend Franken ausgemacht. Punkt 3. Natürlich gibt es eine Gesundheitsförderung, und man kann auch nicht sagen die Gesundheit der Schüler ist uns egal. Die Frage ist hier, wie viel kann man hier überhaupt beeinflussen? Es ist schwierig, wenn die Schule selber sensibilisiert und sagt wir arbeiten mit WLAN, aber dann die Aussage macht, dass dies eher gefährlich ist. Die Handys können während der ganzen Unterrichtszeit nicht benützt werden. Manchmal wäre es besser, wenn die Eltern Kindern unter 10 Jahren nicht bereits ein Natel mitgeben würden. Bei der Bildschirmarbeit muss man festhalten, dass die kleinen Kinder keine ganze Lektion an einem Bildschirm arbeiten. Das sind punktuelle Einsätze. Ich möchte nicht wissen, wie häufig und wie lange die Kinder zu Hause vor dem Computer sitzen. Zum WLAN. Mit keinen politischen Vorstössen und auch mit keiner Initiative lässt sich der technologische Fortschritt in der Informations- und Kommunikationstechnologie aufhalten. W-lan macht nicht halt, weder vor der Haustüre noch vor dem Schulhaus. Ich habe eine ganz interessante Mitteilung von den Schulleitungen erhalten, welche sich nicht auf dieses Postulat bezogen hat, aber einen Zusammenhang mit unserer Informatik hat. Wir müssen diverse dieser acces-points anders platzieren und verbessern, weil wir zunehmend gestört werden. Nicht nur innerhalb der Schule, durch uns selber durch höhere Nutzung, sondern von ausserhalb. Man hat festgestellt, dass wenn man sämtliche WLAN-Netze in der Schule ausschaltet, in den Schulhäusern zwischen mind. 5 bis 7 fremde WLAN-Netze empfangen werden können. Wir müssen versuchen diese Störungen mit unseren neuen Access Points zu verhindern. Diese Technologie fragt uns nicht ob wir Sie wollen, ob uns dies nun gefällt oder nicht. Der Gemeindereat bittet deshalb auch Punkt 2 und 3 als nicht erheblich zu erklären. Besten Dank.

Präsident: Besten Dank. Somit ist das Wort offen für die Ratsmitglieder

Heinz Buser, FDP: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen. Die Postulantin hat mindestens 12 mal, wenn nicht noch öfter, das Wort gesundheitsgefährdende Strahlung gebraucht. Ich wundere mich woher Sie dies Information hat. Wir sollten uns an Fakten halten. Ich zitiere aus den Unterlagen des Bundesamtes für Gesundheit: "Aus den vorhandenen Studien über Auswirkungen hochfrequenter EMF im Niederdosis-Bereich unterhalb der geltenden Grenzwerte kann im Moment keine gesundheitliche Gefährdung durch drahtlose Netzwerke abgeleitet werden. Auch die Immissionswerte von hot-spots, hierzu gehören auch die erwähnten Access Points, liegen weit unterhalb der Grenzwertempfehlung. Wie stark die Geräte strahlen, hängt von der Sendeleistung und vom jeweiligen Datenverkehr ab. Die Strahlung nimmt mit dem Abstand zum Sender schnell ab. Sie ist auch bei maximaler Sendeleistung mit maximalem Datenverkehr. Also bei höchster Strahlung in einer Entfernung von 20 cm zehn mal kleiner und in 1m Abstand vierzig mal kleiner als der empfohlene Grenzwert." Wir wissen auch, dass die empfohlenen Grenzwerte Sicherheitsreserven mit einem Faktor von mindesten 10 bis 100 beinhalten. Das heisst die effektive Strahlungsbelastung ist zwischen 100 bis 1000 mal kleiner als für eine eventuell mögliche Schädigung nötig wäre. Also wir sind weit davon entfernt, als dass man sagen könnte, gesundheitlich störende oder schädigende Strahlung. Ein weiterer Punkt. Es werden immer wieder Empfehlungen des BAG ins Feld geführt. Wenn man genau nachliest, schreibt das BAG: "Personen die im Sinn einer persönlichen Vorsorge die elektromagnetischen Felder in ihrer Wohnung oder an Arbeitsplatz klein halten möchten, raten wir". Dann kommen eine ganze Reihe von Vorschlägen. Das BAG gibt also keine Empfehlungen ab, es gibt Ratschläg für über vorsichtige und ängstliche Personen ab. Das ist etwas völlig anderes als eine Empfehlung. Eine Empfehlung ist für eine ganz konkrete Gefahrenlage und das BAG sieht keine Gefahrenlage. Es ist allerdings auch klar, eine absolute Unschädlichkeit kann man nicht beweisen und ist auch nicht beweisbar. Dies gilt aber auch für das Kaffee trinken,

das Milch trinken, für das Eisenbahn fahren und das Fliegen. Und auch für die meisten Sachen die wir in irgendeiner Form unternehmen oder zu uns nehmen. Über die Strahlenbelastung wissen wir gar nichts. Weder auf die eine noch die andere Seite. Die FDP lehnt daher dieses Postulat in allen drei Punkten ab. Bei Punkt zwei ist es selbstverständlich, dass der Gemeinderat in jedem späteren Evaluationsverfahren ökologische, gesundheitliche und ökonomische Aspekte gebührend zu berücksichtigen hat und nach dem aktuellen Wissenstand handeln wird. Es ist unsinnig ihn bereits jetzt auf etwas zu verpflichten, weil man gar nicht weiss, ob man in Zukunft noch davon spricht. Zum dritten Punkt. Was setzen wir für ein Zeichen, wenn wir in der Schule WLAN einführen und gleichzeitig davon warnen, es könnte gefährlich sein. Das wirkt ungaubwürdig. Im übrigen, vor etwas zu warnen, wobei die Schädlichkeit ganz klar nicht erwiesen ist. Das ist Panikmache und das ist definitiv nicht die Aufgabe des Gemeinderates und der Schule. Ich als Elternteil würde mir das streng verbieten. Man kann immer über etwas reden. Es gibt Placebo. Wenn man glaubt es hilft, dann hilft es auch. Es gibt Necebo. Wenn man ein Mittel abgibt und sagt, es könnte diese und jene Nebenwirkung entfalten, dann hat es bei manchen Leuten diese Nebenwirkung, auch wenn gar keine Nebenwirkung auslösenden Stoffe enthalten sind. Und wenn man sagt, dieses und jenes ist gefährlich, dann gibt es durchaus Personen, welche lediglich deswegen, auch wenn gar keine Strahlung vorhanden ist, plötzlich nicht mehr schlafen können. Hierzu gibt es genügend Beispiele. Wir lehnen dieses Postulat deshalb voll und ganz ab.

Präsident: Besten Dank Heinz Buser. Weitere Wortmeldungen.

Bruno Vanoni, GFL: Geschätzte Anwesende, ich möchte nicht so lange reden wie Heinz Buser. Ich möchte nur drei Bemerkungen dazu anbringen. In bezug auf die Gefährlichkeit ist man sich einig, es gibt keine Langzeitstudien. Man kann die Langzeitwirkung nicht beurteilen. Und, wenn man sich ein wenig mit Geschichte beschäftigt, stösst man allenfalls auf Bilder, auf welchen Personen vor rund 50 oder 60 Jahren, lediglich mit einer Sonnenbrille ausgerüstet, Atombobentest in unmittelbarer Nähe der Explosion beobachten und dies auch noch amüsant finden. Dazumal herrschte auch die Meinung vor, dies sei absolut ungefährlich. Ich möchte keinesfalls die Strahlung von WLAN oder Handys mit atomarer Strahlung vergleichen. Ich möchte nur aufzeigen, Einschätzungen wandeln sich über die Zeit und über die Langzeitwirkung der Strahlung von WLAN weiss man noch nichts. Es geht uns auch überhaupt nicht darum den technologischen Fortschritt zu verhindern oder zu bremsen, sondern es geht darum dem Vorsorgeprinzip Rechnung zu tragen. Das Vorsorgeprinzip ist ein Grundsatz unserer Umweltschutzgesetzgebung. Vorsorgeprinzip bedeutet, man soll den Einsatz von Technologien, deren Risiken man nicht abschätzen kann, vermeiden, wenn man sie vermeiden kann. Tatsache ist, dass die Stadt Bern, Jegenstorf und zunehmend auch Münchenbuchsee, man könnte hier noch weitere Beispiele aufführen, gestützt auf dieses Vorsorgeprinzip auf WLAN-Systeme verzichten und kabelgestützte Systeme bevorzugen. Ich möchte nun noch auf die Empfehlung des BAG eingehen. Diese Empfehlung richtet sich nicht an Übervorsichtige und Überängstliche sondern einfach an Leute, die in ihrem persönlichen Bereich allfällige Risiken vermeiden möchten. An eine solche Empfehlung können sich Kinder nicht halten, wenn sie die Schule besuchen. Die Kinder müssen die Schule besuchen und sind dort dieser Strahlung ausgesetzt. Aus diesem Grund haben wir eine erhöhte Verantwortung, den Personen gegenüber, welche gezwungen sind, sich in Bereichen mit erhöhter Strahlung aufzuhalten. Darum sind wir der Ansicht, dass man sich mit diesen Fragen intensiver auseinandersetzt. Ich erinnere, dass, im Rahmen der Debatte für die Beschaffung dieser neuen Informatikanlagen, alle erstaunt waren, als die Frage hinsichtlich der Strahlung aufgeworfen wurde. Es wäre gut wenn man sich mit dieser Thematik intensiver beschäftigen würde.

Präsident: Besten Dank Bruno Vanoni. Wünscht jetzt noch jemand das Wort? Das ist nicht der Fall. Dann würden wir zur Abstimmung schreiten. Es geht nun darum, dass

wir über die zwei verbleibenden Punkte des Postulats Anne-Lise Greber-Borel abstimmen würden.

Abstimmung:

Das Postulat Anne-Lise Greber-Borel und Mitunterzeichnende betreffend umgehende Regulierung des Durchgangsverkehrs auf der Bernstrasse mittels Pfortneranlagen, bzw. Punkt 2 und 3 wird mehrheitlich nicht erheblich erklärt.

12 1.92. Parlamentarische Vorstösse

Postulat Ralph George betr. Optimierung des ÖV-Netzes in Zollikofen; Erheblicherklärung

Präsident: Die Antwort des Gemeinderates liegt schriftlich vor. Der Postulant hat das Wort.

Ralph George, FDP: Herr Präsident, meine werten Kolleginnen und Kollegen. Keine Angst, ich werde keine lange Rede halten. Nachdem der Weisswein, welcher bereits für das Apéro bereitgestellt wurde, nicht wärmer werden sollte. Ich habe zwei Anträge gestellt in meinem Postulat, und ich beantrage vorweg, dass man über diese separat abstimmt. Ich möchte dies noch kurz begründen. Dass hängt auch mit dem Gesamtthema zusammen. Ich möchte daran erinnern wie dies zustande gekommen ist. Vor einem Jahr, also im letzten Frühjahr, hat Eva Baltensperger eine Motion eingereicht, in welcher gewisse Verbesserungen der RBS gefordert wurden. Die Motion wurde aus gewissen Gründen abgeschrieben. Damals wurden aber von verschiedener Seite her postuliert, dass man diese Motion trotzdem annehmen sollte, weil es wichtig sei, dass der Gemeinderat bei seinen Verhandlungen mit der RBS, der SBB und der Regionalen Verkehrskonferenz seitens des GGR gestützt würde. Damit klar wird, der GGR steht in dieser Angelegenheit immer hinter dem Gemeinderat und stützt dessen Vorgehen bezüglich Verbesserungen des öffentlichen Verkehrs. Wir nahmen diese Ausgangslage als Anknüpfungspunkt, um dieses relativ kleine Postulat zu verfassen. Mit diesem Postulat fordern wir den Gemeinderat informell auf, sich ständig für die Verbesserung und Weiterentwicklung des öffentlichen Verkehrs in Zollikofen einzusetzen und, dass er dem Parlament regelmässig über seine Bemühungen Auskunft erstattet. Informieren soll er vor allem bei wichtigen Ereignissen. Nun sehe ich mit grosser Befriedigung dass der Gemeinderat beantragt hat, das Postulat erheblich zu erklären. Der öffentliche Verkehr stellt für Zollikofen einen wichtigen Standortvorteil dar und darf, bzw. muss, auch ständig weiterentwickelt und verbessert werden. Hingegen will der Gemeinderat den ersten Punkt des Postulats mit der generellen Aufforderung und Beauftragung abschreiben. Das kann man so machen. Man kann es als erheblich erklären und gleichzeitig abschreiben. Weil der Gemeinderat in seinem Bericht anerkennt und bestätigt, dass die Optimierung des öffentlichen Verkehrs eine Daueraufgabe darstellt, ist diese Vorgehensweise durchaus denkbar. Wir sind aber nicht einverstanden dass der zweite Punkt des Postulats abgeschrieben werden soll. Dies würde bedeuten, dass diese Thematik lediglich im alljährlich Verwaltungsbericht abgehandelt würde. Wir sind der Ansicht, damit wäre der wichtigen Berichterstattung nicht Genüge getan. Wir möchten diesen Auftrag, Ziffer 2 des Postulats betreffend Informationspflicht aufrecht erhalten. Wir erachten diese Informationspflicht als wichtig. Somit wird dieser Thematik dauernde Aufmerksamkeit geschenkt. Darum bitte ich euch, Punkt 1 des Postulats als erheblich erklären und abzuschreiben und Punkt 2 des Postulats als erheblich erklären und nicht abzuschreiben. Besten Dank.

Präsident: Besten Dank Ralph. Der Gemeinderat hat das Wort.

Stefan Funk, Gemeindepräsident: Herr Präsident, meine Damen und Herren. Zollikofen ist im Kanton Bern eine der vorbildlichsten Gemeinden betreffend öffentlicher Verkehr. Wir lassen uns dies auch etwas kosten. Wenn wir dies genau betrachten, kostet uns dies jetzt schon Fr 1.1 Mio. und wenn wir die Linie 41 einführen kostet uns dies zwischen Fr. 1.3 - 1.4 Mio. Der Gemeinderat erachtet dies nicht nur als Daueraufgabe sondern er lebt dies auch. Darum wird auch die Linie 41 eingeführt, dies konnten wir in Zusammenarbeit mit der RVK 4 erreichen. Beim Punkt zwei des Postulats ist mir nicht klar welcher Art Informationen der Postulant fordert. Im Verkehr sind rasante Veränderungen eher selten. Änderungen in diesem Bereichen dauern 1, 2, 3 oder sogar 4 Jahre. Diese Änderungen werden, je nach Art der Veränderung, jeweils im Verwaltungsbericht aufgeführt. Ich weiss nicht was ich euch bei der nächsten oder übernächsten Sitzung diesbezüglich mitteilen sollte. Sicher gibt es auch in Zollikofen noch Verbesserungsmöglichkeiten. Zum Beispiel die Anschlüsse von Burgdorf her. Aber diese Änderungen, welche ja bereits angemeldet sind, können auch erst beim nächsten Fahrplanwechsel umgesetzt werden. Das ist, glaube ich, in zwei oder vier Jahren, hier bin ich nicht ganz sicher. Der Gemeinderat steht zu diesem Papier und möchte euch empfehlen das Postulat als erheblich zu erklären und beide Punkte abzuschreiben. Besten Dank.

Präsident: Besten Dank Stefan Funk. Das Wort ist nun offen für alle Ratsmitglieder.

Hans Jörg Rhyn, SP: Herr Ratspräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen. Mit Befriedung haben wir zu Kenntnis genommen, dass sich der Gemeinderat für besser abgestimmte Anschlüsse beim Bahnhof Zollikofen einsetzen möchte. Wir haben dies vor rund einem Jahr angeregt und auch Beispiele von Anschlüssen aufgezeigt, welche nicht gut funktionieren. Mittlerweile habe ich von der Postautodirektion die Zusicherung erhalten, dass man daran arbeitet, die knapp verpassten Anschlüsse zu verbessern. Es wird wahrscheinlich nicht vier Jahre dauern bis die schlimmsten beseitigt sind. Aber, es ist richtig, diese sind noch nicht realisiert. Das ist für mich ein Grund, dass dieses Postulat nicht abgeschrieben werden sollte. Ich nehme erfreut zur Kenntnis, dass die periodische Berichterstattung in Zukunft im Rahmen des Verwaltungsberichts erfolgen soll. Im letzten Verwaltungsbericht fand sich nämlich nichts zur Entwicklung im öffentlichen Verkehr. Wenn die angesprochenen Verbesserungsmöglichkeiten realisiert sind, können wir über eine Abschreibung dieses Postulats sprechen. Im Moment kommt dies jedoch nicht Frage. Aber ich danke dem Gemeinderat für seine Absicht in diesem Gebiet aktiv zu werden bzw. aktiv zu bleiben. Besten Dank.

Präsident: Besten Dank. Weitere Meinungen aus dem Rat? Von dieser Gelegenheit wird nicht Gebrauch gemacht, somit kommen wir zur Abstimmung. Ich schlage vor, dass wir zuerst über die Erheblicherklärung der Punkte 1 und 2 befinden würden und dann in einer zweiten Phase über die Abschreibung von Punkt 1 und 2.

Abstimmung:

- 1. Das Postulat Ralph George und Mitunterzeichnende betreffend Optimierung des ÖV-Netzes in Zollikofen wird grossmehrheitlich erheblich erklärt.**
- 2. Punkt 1 wird mehrheitlich als erledigt abgeschrieben. Die Abschreibung von Punkt 2 wird abgelehnt.**

13 1.92.3 Interpellationen

Interpellation Armin Röthlisberger betr. Abstimmungsmaterial an Nichtstimmberechtigte; Antwort

Präsident: Die Antwort des Gemeinderates liegt schriftlich vor. Will der Gemeinderat dazu noch etwas ergänzen? Das ist nicht der Fall.

Präsident: Der Interpellant kann sich kurz zum Grad seiner Befriedigung aussprechen.

Armin Röthlisberger, SVP: Herr Präsident, werte Anwesende. Ich habe kurz eine Bemerkung zu den Kosten. Für diesen Betrag könnte man 65 Prozent von allen Personen welche eine Steuererklärung ausfüllen die Vermögensteuer erlassen. Betreffend er Antworten auf die anderen Fragen, habe ich nichts anderes erwartet. Besten Dank

Präsident: Besten Dank Armin Röthlisberger. **Ich stelle fest, dass diese Interpellation erledigt ist.**

14 1.92.3 Interpellationen

Interpellation Mirjam Veglio und Mitunterzeichnende betreffend flankierende Massnahmen für Zollikofen während der Sanierung des Felsenauviadukts; Antwort

Präsident: Die Antwort des Gemeinderates liegt schriftlich vor. Hat der Gemeinderat Ergänzungen zu seiner schriftlichen Antwort?

Stefan Funk, Gemeindepräsident: Herr Präsident, liebe Frauen und Männer. Ich habe bereits beim vorangehenden Vorstoss erwähnt, welche Errungenschaften wir zusammen mit den umliegenden Gemeinden Münchenbuchsee, Urtenen-Schönbühl, Moosdorf, Kirchlindach, Bremgarten und Wohlen, bezüglich des öffentlichen Verkehrs durchsetzen konnten. Die Massnahmen welche, wie bereits erwähnt, mit den umliegenden Gemeinden realisiert werden konnten, werden während, und natürlich auch, wenn die Sanierung des Felsenauviadukts abgeschlossen ist, bestehen bleiben. Besten Dank.

Präsident: Besten Dank Stefan Funk. Möchte sich die Interpellantin noch kurz äussern?

Mirjam Veglio, SP: Ich möchte mich für die gute, ausführliche und umfangreiche Antwort bedanken. Hervorheben möchte ich die Dokumentation über die Stadttangente, diese war sehr aufschlussreich. Besten Dank. Ich bin von der Antwort vollumfänglich befriedigt. Im möchte im Hinblick auf das Postulat Ralph George betreffend periodischer Berichterstattung noch etwas sagen. Es wäre gut, wenn der Gemeinderat über all seine Bemühungen im Bereich des öffentlichen Verkehrs im Sinne einer proaktiven Informationspolitik über die wichtigsten Punkte informieren würde, dann müsste man nicht nachfragen. Besten Dank.

Präsident: Besten Dank Mirjam, **dann stelle ich fest, dass die Interpellation erledigt ist.**

15 1.92. Parlamentarische Vorstösse

Dringliche Motion Klaus Jost, SVP, betreffend Schliessung Unterführung Eichenweg/Schützenstrasse; Erheblicherklärung

"Der Gemeinderat wird beauftragt, während der Schliessung der Unterführung Eichenweg/Schützenstrasse, Rüttibrüggli, Wahlenalle und Molkereistrasse für den Berufsverkehr vom Industriegebiet Meielen zu öffnen.

Begründung

- Sehr lange Bauphase.
- Stau mehrmals am Tag vom "Mc Donalds" Kreisel bis zur Agrola Tankstelle
- Kurzfristige Postaufgabe, vom Industriegebiet Meielen, am Abend fast nicht möglich.
- Ca. 500 Arbeitsplätze haben keine dorfinterne Zufahrt.

Begründung der Dringlichkeit:

Weil die Unterführung bereits gesperrt ist, ist unverzügliches Handeln absolut dringlich.

Zollikofen, 25. Januar 2010

Klaus Jost
Kreuzsstrasse 18
3052 Zollikofen"

Präsident: Nachdem das Parlament vorhin die Dringlichkeit der Motion Klaus Jost bejaht hat, werden wir die Motion hier behandeln. Ich möchte den Motionär bitten sich zur Sache zu äussern.

Klaus Jost, SVP: Ich wandle die Motion in ein Postulat um.

Präsident: Der Gemeinderat hat das Wort.

Edgar Westphale, Gemeinderat: Besten Dank Klaus, dass du die Motion in ein Postulat umgewandelt hast, somit ist auch die Zuständigkeit gewahrt. Zur Baustelle an sich möchte ich mich nicht äussern, da bin ich die falsche Person. Ich weiss einfach, dass es sich um eine SBB-Baustelle handelt und nicht um eine Gemeinde-Baustelle. Daher werden wir auf die Baustelle keinen grossen Einfluss ausüben können. Das einzige, was wir unternehmen konnten, war ein Schild im Bereich der Unterführung anzubringen, damit die Velofahrer absteigen, und keine Unfälle geschehen, da die Verhältnisse in diesem Bereich relativ beengt sind. Zur Umfahrung. Die Wahlenallee ist eine Kantonsstrasse. Die Gemeinde kann nicht bestimmen, dass der Verkehr nun darüber umgeleitet wird. Das braucht die Zustimmung des Kantons. Wir haben den Kanton diesbezüglich angefragt. Dieser hat zu einem solchen Ansinnen ganz klar nein gesagt. Er sagt, und das ist auch meine Haltung, die Rütli ist eine Naherholungszone und sollte nicht durchfahren werden. Weiter führt er aus, dass eine allfällige Öffnung den Betrieb der Landwirtschaftsschule stören würde. Ausserdem befindet sich die Strasse in einem zu schlechten Zustand als dass man sie öffnen könnte. Würde man sie dennoch für den Verkehr zugänglich machen, müsste sicher die Gemeinde Zollikofen für die In-

standstellung aufkommen. Wir haben ausserdem nachgefragt ob die Möglichkeit von Einzelbewilligungen besteht. Die Idee wäre, den Geschäftstreibenden im betroffenen Bereich, eine solche Einzelbewilligung zu erteilen. Somit hätten wir Gewähr, dass nicht der ganze Verkehr über die Strassen fliessen würde. Auch hier sieht der Kanton keinen dringenden Handlungsbedarf zum Ausstellen solcher Bewilligungen. Aber es bestünde die Möglichkeit, schriftlich um eine solche Bewilligung bei der Gemeinde anzufragen. Die Gemeinde würde diese Anfrage dann dem Kanton zum Entscheid weiterleiten. Der Kanton hat, meines Wissen bereits bei einzelnen Firmen, Bewilligungen erteilt. Zusammenfassend kann gesagt werden, dass der Kanton zwar gewillt ist die Vergabe von Einzelbewilligung zu prüfen, aber ansonsten diesem Ansinnen eher reserviert gegenüber steht. Somit ist mein Antrag, das Postulat als erheblich zu erklären und gleichzeitig abzuschreiben.

Präsident: Besten Dank Edgar Westphale. Die Ratsmitglieder haben nun Gelegenheit sich zu Wort zu melden. Davon wird nicht Gebrauch gemacht, somit kommen wir zur Abstimmung. Wir werden darüber abstimmen, ob das Postulat von Klaus Jost als erheblich erklärt und wenn es erheblich erklärt wurde, würden wir in einer zweiten Phase über die Abschreibung befinden.

Abstimmung:

Das Postulat Klaus Jost, SVP, betreffend Schliessung Unterführung Eichenweg/Schützenstrasse wird mehrheitlich erheblich erklärt und gleichzeitig als erledigt abgeschrieben.

16 1.92. Parlamentarische Vorstösse

Dringliche Interpellation Johanna Thomann, FDP, betreffend die Allee längs der Schulhausstrasse; Antwort

"Anlässlich der GGR-Sitzung vom 22. Februar 2006 wurde das Postulat von Andreas Byland zur Erstellung einer Allee auf der Südseite der Schulhausstrasse behandelt und erheblich erklärt.

In den letzten Tagen wurde im Anzeiger rund um Bern das Baugesuch zur Erstellung der letzten Etappe der Überbauung Häberlimatte publiziert. Zugleich schrecken die bis auf 6 Meter an das Trottoir aufgestellten Bauprofilie ab - sie lassen Zweifel aufkommen, ob für die Anlage der Allee überhaupt noch genügend Platz vorhanden ist. Diese Zweifel werden genährt beim Betrachten der Vorschau auf die vom GGR im Jahr 2010 zu behandelnden Geschäfte, wo die Umsetzung des Postulates Byland auf die Zeit nach 2010 terminiert ist.

Der Gemeinderat wird darum gebeten, die folgenden Fragen zu beantworten:

1. Hat der Gemeinderat im Zuge der Verhandlungen mit den Grundeigentümern, resp. der Bauherrschaft, über die letzte Bautetappe auf der Häberlimatte Anstrengungen unternommen, um die Realisierung der Allee zu ermöglichen? Wenn ja, welche? Wenn nein, warum wurde dies unterlassen?

2. Erachtet der Gemeinderat aufgrund des aufgelegten Baugesuches die Realisierung der Allee als möglich.
3. Hat der Gemeinderat nicht zuletzt aufgrund des überwiesenen Postulates zur Erstellung einer Allee die Ausarbeitung einer Überbauungsordnung zur ZPP Häberlimatte erwogen? Wenn nein, warum nicht?
4. Hat der Gemeinderat die Einreichung einer Planungseinsprache erwogen, um der Richtplanung Nachachtung zu verschaffen? Wenn nein, warum nicht?
5. Trifft es zu, dass die Lage der Gebäude im Baugesuch für die letzte Überbauungs- etappe nicht derjenigen im Richtplan entspricht? Hat der Gemeinderat von den Grundeigentümern resp. der Bauherrschaft eine Gegenleistung für diese Abwei- chung, bspw. in der Form einer Landabtretung für die erstellende Allee oder in der Form der Erstellung und des Unterhalts der Allee beanprucht? Wenn nein, warum nicht?

Johanna Thomann"

Präsident: Die Dringlichkeit der Interpellation wurde bejaht. Der Gemeinderat hat nun Gelegenheit zu den Fragen Stellung zu nehmen. Joseph Crettenand bitte.

Joseph Crettenand, Gemeinderat: Herr Präsident, werte Damen und Herren. Die Interpellation bezieht sich auf das Postulat Andreas Byland betreffend Allee an der Schulhausstrasse. Es lautet: "Der Gemeinderat wird beauftragt die Machbarkeit einer Baumallee südlich der Schulhausstrasse zu prüfen und darüber zu berichten." Bevor ich die Fragen im Namen des Gemeinderates beantworten werde, möchte ich etwas Generelles sagen. Im Baugesuch der ersten Etappe welche zehn Wohnbauten umfasste, wurde ebenfalls die Lage der restlichen drei verbleibenden Wohnbauten der zweiten Etappe festgelegt. Das Baugesuch Häberlimatte zweite Etappe wurde am 14. Dezember 2009 eingereicht, die Frist zur Einreichung von Einsprachen läuft bis am 8. Februar 2010. Der Gemeinderat ist in das Bewilligungsverfahren nicht einbezogen da gemäss Art. 126 des Baureglements die Baukommission für die Erteilung von ordentlichen Baubewilligungen zuständig ist. Die durchgeführten Verhandlungen fanden zwischen der Gesuchstellerin und der Bauverwaltung statt. Die Machbarkeit einer Baumallee wurde genauestens überprüft. Auf Grund der Besprechungen wurde befunden, dass im Bereich der Überbauung Häberlimatte, erstens, der Abstand zwischen der Überbauung an der Schulhausstrasse zur Aufnahme einer Baumreihe genügen würde. Zweitens, durch eine Baumallee im Bereich der Überbauung für die Eigentümer auf der anderen Seite der Schulhausstrasse die letzte Durchsicht zu den Alpen verloren gehen würde. Drittens, das Umgebungskonzept der gesamten nördlichen Überbauung Häberlimatte mit einer Baumallee nicht mehr eingehalten werden kann. Das Konzept sieht Bäume entlang der Schulhausstrasse vor, aber nicht angeordnet wie in einer Allee. Viertens, der gegenüber der Post liegende, mit Bäumen und Bänken gestaltete Mehrzweckplatz sein Cachet verlieren würde. Dieser Mehrzweckplatz wird auch der Öffentlichkeit dienen. Fünftens die Pflege der Baumallee durch die Gemeinde erfolge müsste, was zusätzliche Kosten generieren würde. Jetzt die Antwort zu Frage 1. Die Bauverwaltung hat an diversen Besprechungen mit der Gesuchstellerin das Anliegen des Postulanten eingebracht. Anhand von verschiedenen Varianten musste, wie schon erwähnt, festgestellt werden, dass eine Baumallee im Bereich der Überbauung wenig geeignet ist. Zu Frage 2. Der kleinste Abstand von 6 Metern der Gebäude zum Trottoir wäre genügend gross um eine Baumallee zu erstellen, dazu müsste das Vorland in den Überbau miteinbezogen werden. Zu Frage 3. Die erste Etappe der Überbauung Häberlimatte mit zehn Gebäuden wurde vom Erlass einer Überbauungsordnung befreit. Gegen den Verzicht auf die Überbauungsordnung wie auch gegen das Baubewilligungsverfahren sind damals

keine Einsprachen eingegangen. Demnach macht es Sinn, für die restlichen drei Gebäude ebenfalls auf eine Überbauungsordnung zu verzichten. Zu Frage 4. Für die Überbauung Häberlimatte gelten die im Art. 117 (ZPP Häberlimatte) des Baureglements aufgeführten Bestimmungen. Das nach Art. 93 Abs. 1 Bst. c des Baugesetzes des Kantons Bern geforderte Planungsziel für das gesamte Bauvorhaben wird somit in der gesamten Zone mit Planungspflicht erfüllt. Damit erübrigt sich die Frage einer Planungseinsprache. Zu Frage 5. Die genaue Einteilung der Bauten erfolgte mit dem Baugesuch der ersten Etappe. Die Lage der drei Gebäude im vorliegenden Baugesuch entspricht der erwähnten Einteilung. Gewisse Abweichungen zum Richtplan sind unvermeidlich. Es besteht ein Planungs- und Erschliessungsvertrag. Die Gesuchstellerin musste der Gemeinde Land abtreten. Grünfläche usw. Diverse Wege und Kanalisationen erstellen und Allmend und Biotop realisieren. Weitere Abschöpfungen sind nicht durchführbar. So wie die Bepflanzung im Umgebungsgestaltungsplan vorgesehen ist entstehen der Gemeinde keine Unterhaltskosten für die Bäume. Auch nicht im Bereich des öffentlichen Platzes bei der Post.

Präsident: Besten Dank Joseph Crettenand. Die Interpellantin hat jetzt die Gelegenheit sich kurz dazu zu äussern, ob Sie von der gemeinderätlichen Antwort befriedigt ist.

Johanna Thomann, FDP: Ich danke für die Bemühungen in so kurzer Zeit. Ich muss dies für mich als unmittelbare Anwohnerin noch studieren, besten Dank.

Präsident: Besten Dank. **Damit stelle ich fest das die Interpellation erledigt ist.**

Präsident: Somit sind wir schon fast am Schluss der Sitzung. Ich übergebe das Wort an Thomas Ackermann.

Thomas Ackermann, CVP: Herr Präsident, werte Ratsmitglieder. Ich möchte euch nicht allzu lange vom Apéro abhalten. Aber wir haben ja gehört, dass ein Schwergewicht aus dem GGR abtreten wird. Anfangs der Sitzung wurde das Rücktrittsschreiben von Beat Waldmeier verlesen. Für Ihn ist es heute die letzte Sitzung im Grossen Gemeinderat von Zollikofen. Beat Waldmeier gehört diesem Rat seit 1999 an. Er war während dieser Zeit nicht das stille, graue Mäuslein in diesem Rat. Um ein anderes Bild zu gebrauchen. Er ist mit seinem Engagement, seinen pointierten und teils auch angriffigen Reden aufgefallen. In den letzten fünf Jahren hat Beat Waldmeier zehn politische Vorstösse zu unterschiedlichsten Themen eingereicht. Wir haben gehört, er hat diesen Rat auch präsiert, und zwar als der heutige Ratspräsident Andreas Byland neu in den GGR gewählt worden ist Dies war im 2001. Was noch nicht gesagt worden ist, Beat Waldmeier hat vom August 1996 bis Ende Januar 2001 der Kommission Sekundarstufe 1 angehört. Er war auch dort engagiert tätig. Die CVP-Fraktion verliert in ihm einen stets gut informierten und taktisch versierten Chef. Beat du wirst uns fehlen. Wir danken dir für deinen Einsatz in diesem Rat und wünschen dir im Leben ohne GGR alles Gute. Natürlich haben wir dir noch ein kleines Präsent. Es sieht nach etwas ganz bestimmten aus. aber lass dich nicht täuschen. Es enthält etwas, weswegen man dich oft hier in Zollikofen antrifft. *Thomas Ackermann übergibt Beat Waldmeier ein kleines Präsent. Das Parlament spendet Applaus.*

Präsident: Ich danke den Worten von Thomas Ackermann. Somit sind wir am Schluss der heutigen Sitzung angelangt. Ich danke euch allen für die Mitarbeit, ihr habt es mir heute abend leicht gemacht. Ich hoffe es wird in diesem Sinn weitergehen. Jetzt freue ich mich euch zum traditionellen Apéro einzuladen, welches von meiner Familie vorbereitet worden ist. Ich möchte mich an dieser Stelle bei meiner Frau und Tochter be-

danken. Im Gang sollte nun das Apéro vorbereitet sein. Sie haben mich heute abend wie auch sonst immer unterstützt. Nun wünsche ich euch einen schönen Abend viel Vergnügen. Ich weise darauf hin, dass die nächste GGR-Sitzung am 24. Februar 2010 stattfindet. Die Mitglieder des Ratsbüros bitte ich noch schnell zu mir zu kommen um einen Termin zu vereinbaren. Die Sitzung ist geschlossen.